26. Januar 1995

Nr. 316

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

?

endlich eine
autonome
Tasse!

Liebe LeserInnen !

Als Reaktion auf den Text "Warum Instinkte nicht revolutionär sein können" (Interim 314/315) der Gruppe "im Rausch der Tiefe" (RT) haben wir ein Schreiben von "Earth First" (EF) - das auch RT bekommen hat - und ein Antwortschreiben von RT darauf bekommen. EF wehren sich heftig gegen den Vorwurf, irgendwas mit Faschisten zu tun zu haben, beschimpfen in ihrem Text RT auf's Übelste, bis hin zu direkten Gewaltandrohungen. Schreiben dieser Art veröffentlichen wir nicht. Anders wäre das bei einer inhaltlichen, politischen Auseinandersetztung mit der an EF geäußerten Kritik. RT stellen in ihrem Antwortschreiben folgendes klar: -"Earth First" und "Frontline" sind zwei total verschiedene Gruppen und - die "Instinkt" wird nicht von EF gemacht. Diese Papiere findet ihr also im Ordner.

Zum Vorwurf es bestehe ein Ausgrenzungsbeschluß gegen antideutsche Positionen in der I. nur nochmal soviel: Im Vorwort der Nr. 314 stand, daß wir diesen Antinationalismustexten nicht mehr diesen Raum geben wollen, solange darin keine grundsätzlich neuen Aspekte auftauchen. Tatsächlich wiederholt der Text von ak Kassiber über weite Strecken schon vorher veröffentlichte Thesen von AKK, auf die, beispielsweise von mea culpa geäußerte Kritik, wird inhaltlich so gut wie nicht eingegangen. Eine inhaltliche und politische Auseinandersetzung - wie sie von AKK im Umgang mit ihren Positionen eingefordert wird - leisten sie selber nicht. Stattdessen rotzen sie auf arrogante Art und Weise einfach ab und drohen die linke Szene zu bekämpfen (I. 315). Zu dieser Diskussion findet ihr zwei Papiere im Heft.

Freuen würden wir uns, wenn im Zuge der Vorbereitung für den autonomen Kongreß allmählich inhaltliche Papiere zu/aus den Arbeitsgruppen kommen würden und so schon vor dem Kongreß eine rege Diskussion laufen würde.



ORDNER:

Anatopia
Antifa M
Revolutionärer Funke
Earth-First

INHALT:

Anschlag auf Ex-Staatssekretär für Entwicklungshilfe

Bundesanwalt ermittelt gegen linksextreme Gruppe

BM/AP Wolfsburg, 23. Jan.

Unbekannte Terroristen haben in Wolfsburg bei einem Anschlag auf das Wohnhaus des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und parlamentarischen Staatssekretärs im Entwicklungshilfeministerium, Volkmar Köhler, erheblichen Sachschaden angerichtet.

Die Bombe war kurz nach Mitternacht explodiert. Wegen der Entschärfung eines zweiten Sprengsatzes wurden Nachbarn vorsorglich evakuiert. Köhler und seine Frau hielten sich zum Zeitpunkt des Anschlags nicht in dem alarmgesicherten Haus auf.

Die Karlsruher Bundesanwaltschaft vermutet die linksextreme Gruppe „Antiimperialistische Zelle" hinter dem Attentat. Nach einer ersten Prüfung des am Tatort gefundenen mehrseitigen Bekennerschreibens gebe es Hinweise auf eine Täterschaft der Gruppe, hieß es. Köhler wird in dem Schreiben Mitverantwortung am Hungertod von Kindern in der sogenannten Dritten Welt zugeschrieben.

Die AIZ hatte sich von der Roten-Armee-Fraktion losgesagt, als diese im April 1992 einen befristeten Gewaltverzicht ankündigte. Den Linksextremisten werden auch Anschläge auf Einrichtungen der CDU und der FDP in Bremen, Düsseldorf und Siegburg zur Last gelegt, die im vergangenen Jahr begangen wurden. Weitere Attentate gegen „BRD-Eliten" waren von den Terroristen angekündigt worden.

Volkmar Köhler, einst Oberbürgermeister von Wolfsburg, war 1972 erstmals in den Bundestag gewählt worden und von 1982 bis 1989 Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der 64jährige Politiker ist Präsident der Deutsch-Marokkanischen Gesellschaft.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Erinnern wir uns an 1933 -Kampf den alten und neuen Nazis

Kommt zur

Antifaschistischen Demonstration

am 29.01.1995 um 14:00 Uhr
am Thälmann-Denkmal (Prenzlauer Berg) S-Bahnhof Greifswalder Straße

Der 30.Januar 1933 ist ein folgenschweres Datum der deutschen und internationalen Geschichte. Der Reichspräsident Hindenburg ernennt den Führer der NSDAP Adolf Hitler zum Reichskanzler.
Diese Entscheidung wurde auch von großen Teilen der bürgerlichen Parteien und herrschenden Eliten mitgetragen. Lange Zeit hatten diese Kreise einen solchen Schritt vorbereitet. Sie versprachen sich davon eine Stabilisierung der Verhältnisse, sprich die Sicherung ihrer Privilegien und Profite.
Durch diese Machtübertragung bekamen die Nationalsozialisten freie Hand zur Errichtung ihres Terror-Regimes. Die bekannten Folgen waren die Zerschlagung der Gewerkschaften, der ArbeiterInnenparteien und -Organisationen und die Ausgrenzung und industrielle Vernichtung von JüdInnen, Sinti und Roma und anderer Menschen, die nicht in das faschistische Weltbild paßten.
Schließlich entfesselten die Nationalsozialisten zur Durchsetzung ihrer Herrschaftspläne den 2.Weltkrieg mit über 60 Millionen Toten.
Dieses Datum jährt sich 1995 zum 62.Mal.
Wir haben allen Grund, die besondere Bedeutung dieses Tages nicht aus unserem Bewußtsein verdrängen zu lassen.
Geschichtsrevisionisten aller Schattierungen versuchen seit langem, die Geschichte umzudeuten und umzuschreiben. Angefangen beim sogenannten *Historikerstreit* in den 80er Jahren, in dem die Verbrechen Deutschlands relativiert werden sollten, über die Ehrung der Waffen-SS durch Kohl 1985 in *Bitburg,* bis hin zur Umwidmung der *Neuen Wache* 1993 in Berlin werden Versuche unternommen, TäterInnen und Opfer gleichzusetzen.
War die *Neue Wache* in der DDR noch ein Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Militarismus, so dient sie heute unterschiedslos als Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft-eine bewußte Vermischung von Schuld und Unschuld, von MörderInnen und Gemordeten. Diese Vermischung soll das Enstehen einer *"neuen nationalen Identität"* fördern.
Dadurch soll auch der Weg für eine agressive Außenpolitik geebnet werden, die frei ist von historischen Skrupeln und innerem Widerstand. Die deutsche Regierung versucht auf diesem Wege, eine Vormachtstellung in Europa aufzubauen und globale Herrschaftsansprüche wieder durchzusetzen. Getarnt wird dies mit der Floskel von der gewachsenen internationalen Verantwortung Deutschlands-gemeint ist die Möglichkeit, für die eigenen Interessen militärische Mittel einsetzen und gegebenfalls Krieg führen zu können.
Vorangetrieben wird dieser Prozeß von denselben gesellschaftlichen Kräften, die 1933 Hitler an die Macht brachten. Diese deutschen Eliten wurden im Westen nie entmachtet oder enteignet, sondern kehrten nach einer zweifelhaften "Entnazifizierung" auf die alten Posten zurück. Nach der Einverleibung der DDR arbeiten sie an der Verwirklichung ihrer Träume: Die Errichtung eines starken Deutschlands, das alle moralischen und historischen Konsequenzen, die sich aus dem Faschismus ergeben haben, hinter sich läßt.
Dabei bedienen sie sich auch der neofaschistischen Parteien und des rassistischen Mobs, wie sich exemplarisch an der Kampagne zur Abschaffung des Asylrechtes zeigte, das aufgrund der Erfahrungen mit politischer und rassistischer Verfolgung und Vertreibung durch den Hitler-Faschismus im Grundgesetz verankert worden war.
Die Politiker der etablierten Parteien schufen mit ihrer Hetze gegen "Scheinasylanten", "Wirtschaftsflüchtlinge" und der "Asylantenschwemme" ein gesellschaftliches Klima, in dem organisierte Faschisten und andere Rassisten Flüchtlinge jagen, zusammenschlagen, verbrennen und ermorden konnten. Diesen Terror wiederum nutzten die Politiker als willkommenen Vorwand, das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen.
Für die faschistischen Parteien und Gruppen war dies ein Erfolg, der sie sowohl ermutigte als auch politisch stärkte.
Dies gilt z.B. auch für die *FAP* (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei).
Die *FAP* ist heute die größte offen militante neofaschistische Partei in der Bundesrepublik. Sie bezieht sich politisch auf die Ideologie des Nationalsozialismus und verfolgt gemeinsam mit anderen Neonazi-Gruppen das Ziel, die NSDAP wieder aufzubauen.
Die FAP steht für Terror gegen AusländerInnen, Behinderte, Obdachlose, Homosexuelle und Linke. Auf das Konto ihrer Mitglieder gehen zahlreiche Schlägereien, Überfälle, Schändungen jüdischer Friedhöfe, Brand- und Sprengstoffanschläge und Morde.

bitte wenden

Gegen die FAP Vorgehen

Warum wir gegen die FAP im Prenzlauer Berg demonstrieren

Für die FAP ist die "alte und neue Reichshauptstadt" Berlin ein politischer Schwerpunkt, hier existiert der größte und mitgliederstärkste Landesverband der FAP (ca.100 Mitglieder). Zugleich ist die FAP damit in Berlin die stärkste der offen militanten Nazi-Organisationen.
Nach dem Fall der Mauer gelang es der FAP, in mehreren Bezirken Ostberlins Fuß zu fassen. Eine ihrer aktivsten Gruppen befindet sich im Prenzlauer Berg, die 1992 sogar bei den Kommunalwahlen für die BVV kandidierte.
Die Existenz und die Aktivitäten einer Gruppe organisierter, militanter Neonazis im Bezirk ist für viele Menschen eine Bedrohung:

☞ Sie halten nicht nur ihre Versammlungen ab und verbreiten nicht nur ihre faschistische Propaganda, sondern sie verbreiten auch Angst und Schrecken. Immer wieder werden Menschen auch von FAP-Mitgliedern überfallen, zusammengeschlagen und zum Teil schwer verletzt.

☞ Rassisten, rechte Jugendgangs und faschistische Schläger fühlen sich durch die Existenz und die Aktivitäten der FAP ermutigt.

☞ In Einzelfällen mußten Menschen bereits umziehen, um dem Terror ihrer faschistischen Nachbarn zu entkommen.

Mit der Entscheidung, diesmal anläßlich des Jahrestages der Machtübertragung an Hitler und die NSDAP im Prenzlauer Berg zu demonstrieren, wollen wir auch:

☞ **Die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, daß die FAP in Berlin aktiv ist.**

☞ **Zeigen,daß es einen breiten und vielfältigen Widerstand gegen die FAP und ihre Gesinnungsfreunde gibt.**

☞ **Die Menschen ermutigen, die Propaganda, die Aktivitäten und den Terror der FAP und ihrer Gesinnungsfreunde nicht widerspruchslos hinzunehmen, sondern sich gemeinsam dagegen zu wehren.**

Wehren wir uns gemeinsam

Faschisten und Rassisten können nur gestoppt werden, wenn ihre Taten öffentlich gemacht werden und Konsequenzen haben. Wer von faschistischem oder rassistischem Terror betroffen ist, braucht Unterstützung bei ihrer/seiner Gegenwehr. Deshalb: Meldet faschistische und rassistische Aktivitäten und Übergriffe.
Antifaschistisches Bündnis Prenzlauer Berg, c/o BAOBAB-Infoladen, Winsstr. 53, 10405 Berlin, Telefon & Fax: 442 61 74 (Dienstags 19.00 - 20.00 Uhr)

Demoroute: Thälmannpark, Grellstraße, Weinertstraße, Greifswalderstraße, Bötzowstraße, Hufelandstraße, Marienburgerstraße, Wasserturm

Die Demonstration unterstützen: Antifaschistisches Bündniss Prenzlauer Berg, F.e.I.S., BdA-Bund der Antifaschisten in Berlin e.V., Schwule Antifa Berlin, PDS (Weissensee/Wedding/Prenzlauerberg) Antifaschistische Initiative Moabit AIM, Antifa Cafe Wedding, Hummel Antifa der Humboldt Universität, AStA-TU, AStA-FU, Antirassistische Initiative, LSD-Antifa, Autonome Erwerbslosen Gruppe (AEG), Edelweißpiraten, Antifa Golem, Schutzwachen-AG, Umweltschutz-Bibliothek, JRE-Pankow/Prenzelberg, AG Junge GenossInnen in/bei der PDS, Schantifa, Antifa Marzahn. BAOBAB - Infoladen, Projekte am Kollwitzplatz ev.

V.i.S.d.P.: M.Kagol, Straße des Widerstands 33, 10347 Berlin

Wählen Sie bitte aus!-

Der 1. Menüvorschlag für den Autonomie Kongreß

Es besteht für Sie die Möglichkeit beim Unterhaltungsprogramm der Autonomie-Kongressveranstalter für Ihren Osterurlaub Berlin 95 eine Reihe von Veranstaltungen zu buchen !

Nachfolgend veröffentlichen wir eine erste Sammlung von relativ "fest gebuchten" Veranstaltungen und Arbeitsgruppen plus Kontaktadressen, während des Autonomie-Kongresses, Ostern 95. Bislang werden diese AG`s in der Mehrzahl hauptsächlich (noch) von Leuten aus Berlin bestritten, was wir aber in der nächsten Zeit über ein paar überregionale Kontakte hoffen, ändern zu können. (So umständlich wie es formuliert ist, ist es auch). Diese Liste ist, wie gesagt, eine erste vorläufige Sammlung, die dem Ziel dient, das ganze Kongressunternehmen gegenüber der nun endlich in Erfurt verabschiedeten Strukturhülle griffiger und damit vorstellbarer zu machen. Also laßt euch davon inspirieren, stimmt zu oder widersprecht. Wir wünschen uns auf jeden Fall eine mehr als aktive Mitarbeit - so euch mal wieder "was fehlt", dann stellt eure eigene AG im Zusammenhang mit der von uns erarbeiteten Struktur auf die Beine.
Diese Liste der geplanten AG's ist **einTeil** der geplanten Sruktur des kongresses. Wir betonen noch mal ausdrücklich, daß gemäß dem geplanten Kongreßverlauf die großen Plena mit den jeweiligen Fragestellung den Schwerpunkt für den jeweiligen Tag bilden sollen. Es sollen also auch aus den Plenumsdiskussionen heraus sich AG's bilden. Im "Erfurter" Protokoll (siehe IINTERIM NR. 314) heißt es dazu: Die Kongreßstruktur soll die Möglichkeit herstellen, "daß es AG's zu inhaltlichen Schwerpunkten gibt und gleichzeitig **alle** aus ihrem politischen Ansatz heraus die grundlegenden, übergreifenden Fragen diskutieren sollen, wobei das Gewicht eindeutig auf dem Ansatz liegt, übergreifende Fragen zu bereden." Trotz der jetzt erstmals vorgestellten inhaltlichen AG's gilt dieser Punkt nach wie vor!
Darüberhinaus haben wir uns im Berliner Kongress-Plenum eine zusätzliche Liste von Themen- und Fragestellungen erstellt. Auch wenn diese AG`s wg. unserer latenen Arbeitsüberlastung nicht auf die Reihe bekommen werden, halten wir die Fragestellungen für einen Autonomie-Kongress wichtig und notwendig. Ein paar von uns haben sich im Zusammenhang mit dieser Wunschliste bereit erklärt, sich um Kontakte zu anderen Leuten und Gruppen zu kümmern. Vielleicht klopft also schon morgen jemand von der Kongressvorbereitung an deine Tür ... (Schluck)...
Bis Mitte Februar planen wir der hungrigen LeserInnenschaft, in Fortschreibung des ersten Readers vom Sommer 94 , einen Autonomie-Kongress-Reader Teil II zum Fraße vorzuwerfen. Dort werden sich auch alle - soweit fertig - ein bis zweiseitigen Kurzbeschreibungen der AG`s finden.

Liste 1. Die Zahlen vor jeder AG dienen auf keinen Fall der Hierarchisierung, sondern nur zur besseren Orientierung

1. "Gegenöffentlichkeit, Medienrandale und Kommunikationsguerrilla: Zum Umgang mit den Medien." Die Genossinen aus Marbach haben in diesem Zusammenhang ein kleines Büchlein unter dem Titel: "Medienrandale" geschrieben, in der die Thematik aufgrerissen wird. Kontakt: Autonomes zentrum Marbach c/o Cafe Provinz - Cottapatz 4 - 71672 Marbach a.N

2. "Medien" Das AOK, Berlin beabsichtigt über seine Erfahrungen mit den Medien während die Nolympia-Kampagne 91-93 zu berichten. Darüber hinaus soll die politische Bedeutung der Medien, auch als weltweit größter Wirtschaftssektor im Zusammenhang mit möglichen Handlungsstrategien dagegen beschrieben werden. Kontakt: Kongressini

3. "Homöopahtie und autonomer Wunderglaube." Abseits der großen öffentlichen politischen Schlachten, probieren viele Szene-Leute ihr gesundheitliches Glück in "ganzheitlich" orientierten homöopahtischen Behandlungskuren. Weil aber die Selbstveränderung und die Veränderung der Gesellschaft zusammengehören, findet ein autonomer Genosse nun aber, daß das alles ein großer Unsinn ist. Kontakt: c/o Kongressini

4. "Autonomie - Organisation - Patriarachat". Organisieren sich "die Autonomen" mit Hilfe des, im oder gegen das Patriarchat? Zwei Kurzbeschreibungen dieser AG finden sich im Kongress-Redader (KR) Teil I, S. 29. Kontakt: Männer-Medien-Archiv C/o Schwarzmark Kleiner Schäferkamp 46 / 20357 Hamburg

5. "Kritik an Triple Oppression aus veganer Sicht". Auch in der triple-oppression-Diskussion ist eine Hierachisierung und Mißachtung des Verhältnisses Mensch-Natur zu finden. Eine erste Kurzbeschreibung findet sich im K. R.. Teil I. S. 28. Kontakt: c/o Kongressini

6. "Zur Stadtteil und Verkehrspolitik". In 15 Thesen kritisiert die Brücken-Ini das unkritische Verhältnis der Linken zu Mobilität und Autowahn. Siehe auch ausführlich K. R. Teil I, S. 30. Kontakt: Oberbaumbrücke c/o Falckeladen, Falckensteinstr. 46, 10997 Berlin

7. "Autonomie-Begriff". Unsere beiden FreundInnen L und I haben in der INTERM, Nr. 310 vom 1.12.94, S. 21- 23 ein dreiseitiges Papier zur Geschichte und dem aktuellen Bedeutungsgehalt des Autonomie-Begriffs vorgelegt. Er soll während des Kongresses vorgestellt, erläutert, besprochen, ergänzt, zerfleddeert, zerissen und absolut verbessert werden: Kontakt: c/o Kongressini

8. "Drogen und Drogenpolitik" In dieser AG soll der Frage nachgegangen werden, welche Ursachen die verkrampfte Haltung der radikalen Linken zu Rausch und Drogen hat. Kontakt: siehe nächste AG

9. "Pflasterstein aus Elfenbein - Kritische Theorie und autonome Praxis". Wird es in dieser AG möglich sein, die prinzipielle theoretische Einsicht in die Unfreiheit dieser gesellschaftlichen Verhältnisse mit einfachen Anleitungen zu einem ganz praktischen Barrkadenbau aus Elfenbein zu verbinden ? Auch wir sind sehr gespannt. Kontakt: Gruppe Ratio Rausch und Revolution c/o Lars Quadgassel / Curtiusweg 18 20535 Hamburg

10. "Organisierung" In dieser AG soll am Beispiel der Theorie und Praxis der Antifa (M) aus Göttingen der Beweis geführt werden, daß eine derartige, ebenfalls unter dem Label "autonom" firmierende Organisierung - frei nach Lenin - zwar zwei Schritte zurück jedoch leider keiner nach vorn ist . In einem zweiten Teil soll anhand der Thesen von K.H. Roth (Neue Proletarität) die Frage aufgeworfen werden, ob eine parteimäßige Organisierung der Klasse den weltweit veränderten ökonomisch- soziologischen Verhältnissen noch entspricht. Kontakt: Kongressini

11. "Zur Geschichte der autonomen Bewegung in der untergangenen alten West-BRD". Ein einfacher Genosse möchte anderen interessierten Leuten auf keinen Fall länger als eine Stunde einmal erzählen, wie er in den 80er Jahren zur autonomen Bewegung gekommen ist. Dabei möchte er auch etwas darüber sagen, was er dort gelernt hat, aber auch was er falsch gemacht hat. Am Schluß möchte er noch ein paar Argumente daür finden, daß es noch lange nicht an der Zeit ist, aufzuhören. Kontakt: Fridolin c/o Kongressini

12. "Autonomer Forderungskatalog". In dieser AG soll der Frage nachgegangen werden, ob es nicht für die in die Jahre gekommene autonome Bewegung nicht an der Zeit ist, in ihrer Politik ganz einfache konkrete, gesamtgesellschaftliche Forderungen aufzustellen. Kontakt: Kongressini

13. "Bewaffneter Kampf". In dieser AG wollen sich Leute darum bemühen, mit Hilfe eigener Fragen, die Knackpunkte aus der Praxis bewaffneter Politik auszuarbeiten, um so eine Diskussion etwas vorzustrukturieren. Kontakt: Kongressini

Die Wunschliste

1. Linksradikale und Ökologie. Seit dem Anti-AKW-Bewegung sind linksradikale Töne oder gar Praxis kaum mehr wahrnehmbar. Das Thema Umwelt/Ökologie ist fest in Reformerhand. Wir sollten uns dem Theam wieder zuwenden, weil zum einen die Ökologie integraler Bestandteil von radikaler Gesellschaftskritik ist und zum anderen in breiten Teilen der Gesellschaft einen hohe Sensibilität vorhanden ist.
2. Autonomie und Repression. Geschichte und Veränderung der Repression gegen die Linksradikalen.
3. Antifaschismus contra Autonomie ? Ist ein selbstorganiserter Antifaschismus von unten nicht folgerichtig auch ein "autonomer" Antifaschismus? Führt die reine Beschränkung auf den Anti-Faschismus nicht zwangsläufig zur Isolation von anderen Kämpfen und zu einem Verlust von Zukunftsperspektiven? Antifaschismus nur noch als reiner Selbstzweck zur Beruhigung eines linksliberalen Gewissens oder sehr wohl als revolutionärer Anspruch?

4. Antifa contra Antira(ssismus): Sind das tatsächlich sich ausschließende, gegensätzliche Politikansätze oder nur eine aufgesetzte Polarisierung in SOZIALARBEIT UND MILITANZß
5. Rassismus und Soziale Frage. Ist der "Antirassismus" eine politische Sackgasse, der die soziale Frage blockiert ?
6. Autonome Strukturen und Anonymität. Die Anonymität hat sehr problematische Seiten, z.B. die undruchdringliche Front des "Schwarzen Blocks" auf Demos, die schwere Zugänglichkeit der autonomen Strukturen für Leute, die vielleicht mit uns zusammenarbeiten möchten. Für das Prinzip der Anonymität spricht u.a., daß damit ein gewisser Schutz vor Repression gewährt ist und Polit-Karrieren bzw Hierachien in der Scene erschwert werden. Die AG könnte untersuchen, wann uns Anonymität schützt und ein richtiges Prinzip für eine nicht-hierachische Bewegung ist ud wann sie sich eher negativ auswirkt, uns z.B. in noch größere Isolation führt.
7. Autonome Militanz. "Gewalt" ist in dieser Gesellschaft ein durch und durch negativer Begriff. Das medienwirksame Erschrecken vieler Politiker vor der körperlichen Gewalttätigkeit z.B. von faschistischen Horden ist eine eklhafte Lüg angesichts der physischen und seelischen Gewalt, die den Menschen in dieser Gesellschaft tätglich angetan wird. Diese Gewalt ist sehr konkret und trifft die Menschen einzeln: die staatlich geschützte Ausbeutung in Büro, Fabrik, das Elend der sozialen Vereinzelung und Armut, die Begünstigung von Frauenverachtung und Männergewalt durch die staatliche Familienpolitik, den Sexismus u.a. Sehr viele (ehemalige?) Linke haben sich inzwischen auf den eingegrenzten, dem herrscheden System ungefährlichen Gewaltbegriff einschwören lassen und denken bei "Gewalt" zuerst an eine eingeworfene Fensterscheibe. Für uns kommt es darauf an, daß wir uns die davon die Mittel für den Kampf gegen genau diese systembedingte Gewalt nicht aus der Hand schlagen lassen. Wir müssen dem vorherrschenen Gewaltbegriff einen eigenen positiven Begriff von Militanz entgegensetzen. Welche Mittel (Waffen) in welchen Situationen geeignet sind und was es heißen kann, damit verantwortlich umzugehen, darum sollte es in der AG auch gehen.
8. Der Generationenkonflikt. Ist es überhaupt möglich aus den Erfahrungen "anderer" zu lernen ? Sind Distanzen nicht viel besser ? Die meisten Aktiven in sozialrevolutionären Bewegungen sind nur für eine begrenzte Zeit unbekümmerte KämpferInnen. Nach fünf, zehn Jahren haben sie soviele Erfahrungen gesammelt und Enttäuschungen erlebt, daß sie entweder eine andere Form finden müssen, sich in neuen Bewegunen einzubringen, oder aussteigen. Die Älteren klagen oft über die Ignoranz und Verantwortungslosigkeit der Jüngeren. Die Jüngeren klagen oft über die Arroganz und Wortradikalität der Alten. Gibt es gemeinsame Wege? Was sind die Erwartungen aneinander?
9.Autonome/alternative soziale und soziokulturelle Projekte -Anspruch und Wirklichkeit. Konflikte zwischen dem bloßen Anspruch auf Wohnraum und der Idee der Schaffung von Freiräumen. Müssen alternative Wohn- und Lebensformen notwendigerweise an den politischen und sozialen Zwängen scheitern? Die Diskrepanz zwischen attraktiver, widerständischer Lebensform und der kuscheligen Nische für einige Wenige sollte u.a. in der AG thematisert werden.
10. Gibt es heute noch einen autonomen Internationalismusbegriff ? Weltweit lösen sich viele der althergebrachten politischen Koordinaten auf. Verflüchtigt sich damit auch eine autonome internationalistische Praxis und Theorie? Wo gibt es Ansätze internationalistischer Politk auf dem Weg ins 21. Jahrhundert?
11. Osteuropa. Autonome Osteuropabilder und Ahnungslosigkeit ? Interationalismus ? "Linke Subkulturen" dort ? Die Arbeitsmigrantinnen hier, - schales, widerspenstiges revolutionäres Subjekt oder unsere "Gegner" im Alltag, die nur "soviel Kohle wie möglich abziehen" wollen?
12. "Bürger-" Krieg in Jugoslawien. Fernsehen abschalten, nicht hingucken und auch nicht hingehen? Intelligente Theorien zum Zwecke der Erklärung darüber machen? Und was tun wir, wenn die Abschiebung der Deserteure und der vergewaltigten Frauen kommt ?
13. BRD-Autonome und DDR-Autonome: Ein gemeinsamer Begriff, zwei völlig unterschiedliche Lebensgeschichten, und mehr als drei gigantische Mißverständnisse ? Ist die unterschiedliche Geschichte der Haupthinderungsgrund für die schlechte Zusammenarbeit? Oder sind Arroganz, Besserwisserei, andere Sprache und Praxis die Hindernisse?

Leute, die eine der aufgelisteten Wunsch-AG`s vorbereiten wollen, sollen sich, aber subito Kongressini melden.

c/o Kongressini / Mehringhof / Gneisenaustr. 2 / 10961 Berlin

Die Kongressos und Kongressas

SCHÖN WÄR'S WENN'S SCHÖN WÄR

in der vergangenen nacht haben wir zwei sprengsätze dorthin gebracht, wo der vorsitzende der deutsch-marokkanischen gesellschaft, dr.volkmar köhler, wohnt: schulenburgallee 110, wolfsburg.

dr.volkmar köhler kann zurückblicken auf eine bemerkenswerte karriere in wirtschaft und politik der brd: 1958 hat er als leitender angestellter beim vw-konzern angefangen und ab 1964 als ratsherr der stadt wolfsburg für die cdu kommunalpolitik betrieben. im jahr 1969 kam dann der erste große karrieresprung: gleichzeitig leitete er nun die führungsausbildung bei vw und war bürgermeister/oberbürgermeister in wolfsburg. in den brd-bundestag wurde er 1972 von der cdu als abgeordneter entsandt, d.h. er war nun brd-bundespolitiker. 10 jahre später, 1982, bekam köhler dann endlich die möglichkeit, im internationalen maßstab für die interessen des brd-imperialismus tätig zu werden: er wurde parlamentarischer staatssekretär beim bundesministerium für wirtschaftliche zusammenarbeit (bmz), das von der csu geleitet wird. das bmz wird in den herrschenden medien häufig als "entwicklungshilfeministerium" bezeichnet, was irreführend ist. wie der offizielle begriff "bmz" bereits erahnen läßt, handelt es sich bei diesem ministerium vielmehr um eine regierungsabteilung für die brd-exportförderung, die ab und zu mit "humanitären" vorzeichen versehen wird. greifen wir uns ein beliebiges jahr aus dem zeitraum 1982-89, in dem köhler im bmz leitend tätig war, heraus, so ist z.b. für 1986 festzustellen: von den 2,5 milliarden dm, die das bmz den trikontstaaten als "hilfe" gegeben hat, flossen 86% unmittelbar in die brd und 10% in andere kapitalistische staaten der "ersten welt" zurück; 4% verblieben im trikont.

es braucht nicht lange gerätselt zu werden, mit welchen politischen vorstellungen köhlers politik im bmz verbunden war; er hat in seinem buch "die dritte welt und wir" (1991 in der fünften auflage erschienen) einige bemerkungen gemacht, die für die brd-eliten typisch sind. er schildert z.b., daß er bei internationalen konferenzen häufig mit forderungen der trikontländer nach einer neuen weltwirtschaftsordnung konfrontiert wird. er findet diese forderungen nicht nur äußerst lästig, sondern ist zusätzlich der meinung, daß die trikontländer mehr für ihre eigene "strukturanpassung" tun sollten anstatt die ausbeutung in der kolonialzeit und die realitäten des imperialistischen weltwirtschaftssystems anzuprangern. köhlers ausführungen gipfeln in der feststellung: "im übrigen stellt sich die frage, ob es denn überhaupt die aufgabe des bestehenden oder irgendeines anderen weltwirtschaftlichen systems sein kann, das vorhandene gerecht oder gar gleich zu verteilen." köhler sagt dies in völliger kenntnis der internationalen situation: so geht z.b. aus dem neuesten weltbankatlas hervor, daß das jahresprokopfeinkommen in der brd 23560 dollar, in mosambik dagegen nur 80 dollar beträgt; die lebenserwartung in der brd liegt bei 79 jahren, in guinea-bissau bei 39 jahren. köhler stellt in seinem buch dar, wieviel angenehmer er im vergleich zu internationalen konferenzen die bilateralen verhandlungen mit einzelnen trikontstaaten empfindet; das ist auch leicht nachvollziehbar: der brd-imperialismus kann dann viel leichter die zurichtung des jeweiligen trikontstaates für das weltwirtschaftssystem, d.h. die "strukturanpassung", durchsetzen. es gibt eine reihe von trikontstaaten, deren führungscliquen mit den imperialistischen staaten sehr eng verbunden sind; diese führungscliquen sind willens - und aufgrund der hochrüstung ihrer sicherheitsapparate auch in der lage - in ihren ländern das durchzusetzen, was die imperialistischen staaten von ihnen verlangen. marokko mit der clique um könig hassan ist solch ein trikontstaat. so verwundert es nicht, daß dr.köhler 1987 vorsitzender der deutsch-marokkanischen gesellschaft geworden ist; er ist damit der chef-lobbyist des marokkanischen terrorregimes im kreis der brd-eliten.

VOLXSPORT



während der eu-gipfel unter vorsitz der brd-regie-in essen beschlüsse faßte, wurden am 10.12., dem internationalen tag der menschenrechte, soviele menschen wie noch nie in der brd-geschichte bei einer demonstration verhaftet. die rücksichtslose durchsetzung des demonstrationsverbotes seitens des brd-staates hängt natürlich zusammen mit den inhalten der gipfelbeschlüsse. im außenpolitischen bereich wurde neben der "strategie zur heranführung der assoziierten staaten in mittel- u. osteuropa" der mittelmeerraum als "vorrangiges gebiet von strategischer bedeutung" definiert. die angestrebte stabilität des mittelmeerraumes soll erreicht werden durch "ein neues partnerschaftsverhältnis" zwischen der eu und den herrschenden eliten in marokko, in israel und in der türkei. die neu auszuhandelnden verträge werden neben der bisherigen wirtschaftlichen und finanziellen zusammenarbeit die handelskooperation (mit dem ziel des freihandels) und den "politischen dialog" beinhalten. weil volkmar köhler sich v.a. dem "partnerschaftlichen verhältnis" zwischen den brd-eliten und hassans clique verpflichtet fühlt, sollen ein paar hintergründe bezüglich der zusammenarbeit der eu/der brd mit dieser clique erläutert werden.

"majestät, königliche hoheiten, das ganze deutsche volk freut sich, sie, majestät, bei uns willkommen heißen zu dürfen. wir empfinden tief gehegte genugtuung..." (bundespräsident lübke (cdu), nov.65)

mit diesen worten empfing die brd könig hassan, nachdem dieser kurz vorher in casablanca seinem militärapparat den befehl zur niederschlagung eines aufstandes gegeben hatte (bilanz: 2000 tote) und der ausnahmezustand ausgerufen worden war. im laufe der jahrzehnte seiner herrschaft ab 1961 hat die begeisterung der imperialistischen staaten für den regierungsstil des königs keineswegs abgenommen. die nato kam 1980 in einer studie zu der schlichten feststellung: "solange könig hassan an der macht bleibt, hat der westen nichts zu befürchten." ende 93 wurde in nato-kreisen betont, daß marokko "als pol für stabilität und als ein glaubwürdiger partner für europa betrachtet wird." das interesse der eu-staaten an hassans clique hat strategische gründe: die straße von gibraltar ist zum einen der

westliche "eingang" zum mittelmeer (woraus sich die militärstrategische bedeutung ergibt), zum anderen eine wichtige fluchtroute für migrant/inn/en von afrika nach europa. wie volkmar köhler in der zeitschrift "internationales afrikaforum" (iaf) in der nr.1/94 in seinem aufsatz "die unruhige gegenküste - der maghreb" ausführt, befürchten die eliten der eu aufgrund der situation in afrika "fluchtbewegungen unkontrollierbaren ausmaßes, unter denen europa zu leiden hätte". deshalb waren die innenminister auf ihrer tagung im juni 91 sehr zufrieden, als der marokkanische innenminister driss basri ein "memorandum zur flüchtlingspolitik" präsentierte, in dem er vorschlug, den migrant/inn/en schon auf marokkanischem territorium den fluchtweg abzuschneiden. 1992 wurde dies dann verwirklicht, indem 5000 soldaten die gesamte nordküste (von saida bis tanger) besetzten. der chef der geheimen knast- u. folterzentren marokkos, basri, hat auf diese weise seinen beitrag zur abschottungspolitik der wohlstandsfestung westeuropa geleistet.
ferner hat marokko eine rohstoffstrategische bedeutung für die eu-staaten: hier geht es nicht nur um die rohstoffe im land selbst (wie z.b. erze), sondern auch um das erdgas aus algerien: eine pipeline soll von algerien über marokko und dann unter der straße von gibraltar nach spanien und schließlich in die brd führen. "focus" hat seinen leser/inne/n das projekt unter der überschrift "algerien-gas für deutsche wohnzimmer" vorgestellt.
sollte eine situation eintreten, daß die regierungen der imperialistischen staaten brd u. frankreich einsehen, daß es besser ist, ihre bürger/innen aus algerien abzuziehen, auch dann hat marokko als nachbarland seine bedeutung: beim weu-manöver "tramontana 94" haben 9000 soldaten unter beteiligung der bundeswehr in spanien geübt, wie solch eine evakuierungsaktion mit der hilfe marokkos ablaufen könnte.
zwischen der brd und frk. hat sich in der kooperation mit hassans clique eine art arbeitsteilung ergeben: die frz. imperialisten betreiben offen die militärische aufrüstung des regimes; diese offen aggressive politik gegenüber der maghrebinischen bevölkerung hat ihre entsprechung in der innenpolitik: marokkanische migrantinnen, die den hedschab tragen, müssen die schule verlassen, es erfolgen willkürliche kontrollen, festnahmen usw. die brd-eliten wählen dagegen v.a. indirekte methoden: migrant/inn/en aus dem maghreb werden vom verfassungsschutz beobachtet und demonstrativ eingeschüchtert. was die brd-waffenexporte betrifft, so besitzt hassans militärapparat z.b. alphajets von dornier, lenkwaffensysteme (hot/milan/hot atlas) von mbb, unimogs von mercedes, radpanzer von thyssen-henschel, kanonen von rheinmetall, mp's von heckler&koch usw.; im wesentlichen sind die waffenlieferungen über tochtergesellschaften dieser brd-rüstungskonzerne in frankreich abgewickelt worden.bei der vom brd-außenministerium direkt gewährten "ausstattungshilfe" für marokko handelt es sich um "ziviles" gerät, das im militärischen bereich verwendet wird. diese indirekte aufrüstungshilfe wird ganz offiziell als "türöffner für kommerzielle anschlußgeschäfte" bezeichnet.
"die entwicklungspolitische zusammenarbeit mit marokko sollte auf allen feldern nicht nur ungeschmälert fortgesetzt, sondern auch schrittweise ausgebaut werden. dabei ist besonders darauf zu achten, daß durch diese maßnahmen die investitionsbereitschaft deutscher privatfirmen ermutigt wird." (köhler, iaf 1/94)
ein halbes jahr, nachdem hassans militärapparat mit dem einmarsch in die westsahara und dem brutalen krieg gegen die sahrauis begonnen hatte, haben die staaten der eg mit marokko 1976 das 1. kooperationsabkommen im wert von 400 millio.dm unterzeichnet. die finanzvolumina der kooperationsabkommen sind in den 80ern kontinuierlich gestiegen. die zusammenarbeit des marokkan. regimes mit der eu ist so eng, daß 1987 die mitgliedschaft in der eg beantragt wurde; das haben die staaten des westeuropäischen blocks unter hinweis darauf, daß marokko auf dem afrikan. kontinent liegt, abgelehnt, jedoch als "entschädigung" die finanzhilfen ausgeweitet und durch ein fischereiabkommen ergänzt. nachdem 1992 ein neues kooperations- u. fischereiabkommen im gesamtwert von 1,7 milliarden dm entwickelt worden war, wurde beschlossen, als nächsten schritt ein "partnerschaftsabkommen" auszuhandeln.
die marokkanische regierung schafft dafür die voraussetzungen: 1991 wurde in tanger ein finanzielles freihandelszentrum für joint ventures im bankbereich eingerichtet; seit 1993 wird eine forcierte privatisierungspolitik betrieben, d.h.: marokkanische betriebe im wert von mehr als 2 milliarden dollar werdem dem internationalen kapital an der börse von casablanca zum kauf angeboten. "parallel hierzu wurde den marokkanischen gewerkschaften der wunsch nach lohnerhöhungen abgeschlagen", stellt die zeitschrift iaf 2/93 anerkennend fest. im vergangenen jahr gab es ein "wirtschaftswachstum" von 10% verbunden mit sinkenden reallöhnen und steigender arbeitslosenquote (50% der arbeitslosen sind jünger als 25; ein drittel der potentiell erwerbstätigen ist arbeitslos; das jahresprokopfeinkommen liegt bei 2000 dm).
fast alle wichtigen brd-konzerne haben stützpunkte in marokko, einige schon sehr lange (z.b. bayer maroc und hoechst maroc). die "heranführung" der brd-konzerne an marokko wird von der brd-regierung u.a. in folgender weise betrieben: zwischen dem bmz und der marokkanischen regierung werden projekte vereinbart, deren abwicklung über die deg, die gtz und die kfw läuft. das prinzip dieser projekte besteht darin, daß die brd-regierung ein paar millionen investiert, die um ein vielfaches durch das volumen der privatwirtschaftlichen anschlußkooperationen aufgewogen werden. immer wieder weist die deg die brd-konzerne auf die profitversprechenden investitionsbedingungen hin. "streiks sind selten" und "arbeitskräfte gibt es reichlich" wird z.b. in den "eckdaten für privatinvestitionen" (4/90) von der deg betont, wobei insbesondere die niedrigen mindestlöhne hervorgehoben werden.
die rolle der "deutsch-marokkanischen gesellschaft", die am 24.2.87 gegründet wurde, besteht darin, die eliten beider länder so miteinander zu verknüpfen, daß eine kooperation zum vorteil der brd-konzerne und gleichzeitig zum vorteil der in marokko herrschenden clique möglich wird. in diesem grenzbereich von politik und wirtschaft war es für dr.volkmar köhler bei der wahl 1987 zum vorsitzenden dieser gesellschaft natürlich von vorteil, gleichzeitig als parlamentarischer staatssekretär beim bmz tätig zu sein. köhler ist es insbesondere gelungen, die wirtschaftseliten der brd wie den bdi in direkten kontakt mit den eliten der marokkanischen wirtschaft zu bringen. bei der kooperation mit hassans clique braucht köhler nicht zu befürchten, daß er von irgendwelchen forderungen nach einer "gerechten weltwirtschaftsordnung" genervt wird; im gegenteil: im vergangenen jahr wurden in marrakesch von 117 ländern die ergebnisse der uruguay-welthandelsrunde (gründung der wto als gatt-nachfolge) unterzeichnet. hassan hat seine verbundenheit mit dem internationalen imperialistischen ausbeutungssystem , was den für die exportorientierte brd-wirtschaft so wichtigen welthandel betrifft, mit der inszenierung von marrakesch noch einmal symbolisch bekräftigt.

"majestät, mit hoher achtung verfolgen wir die auf verständigung gerichtete politik ihres landes." (bundespräsident weizsäcker (cdu) in rabat, okt.89)

die von dr.volkmar köhler unterstützte "entwicklung" in marokko dient dem königshaus, das der bedeutendste großgrundbesitzer und der größte privatunternehmer des landes ist, in allianz mit der dortigen großbourgeoisie und den neuen technokratischen eliten. eng verbunden ist diese "entwicklung" mit der politik von iwf/weltbank. als hassan in erfüllung der iwf-/weltbankvorgaben 1981 die preise für die grundnahrungsmittel drastisch erhöhen ließ, reagierten die jugendlichen aus den slums von casablanca mit militanten demonstrationen und umverteilungsaktionen. der von den imperialistischen staaten ausgerüstete militärapparat eröffnete das feuer auf die protestierenden. mit den ca. 1000 toten von casablanca hat hassan 1981 den imperialistischen staaten nachdrücklich demonstriert, daß er die von ihnen gewünschte "entwicklung" mit gewalt gegen die mehrheit der marokkaner/innen durchzusetzen gewillt ist. im januar 1984 hat er in mehreren städten gleichzeitig aufstände niederschlagen lassen (mehr als 200 tote); beim generalstreik im dezember 1990 wurden mehr als 40 menschen von hassans apparat ermordet und tausende verhaftet. für den 25.2. im vorigen jahr planten die gewerkschaften einen generalstreik als protest gegen die forcierte privatisierungspolitik, die v.a. arbeitsplätze vernichtet. der streik wurde verboten.

in besonderem maße von der ausbeutung betroffen ist die mehrheit der marokkanerinnen: 1985 betrug die allgemeine analphabetenrate 67% (eineauch im vergleich zu den anderen staaten des maghreb/des nahen ostens katastrophale situation); die analphabetenrate der weiblichen bevölkerung lag mit 78% sogar noch höher. 1987 gab es in den grundschulen 37% weniger schülerinnen als schüler. insbesondere jene frauen, die einen der masirischen dialekte, aber nicht arabisch sprechen können, sind von weiterbildungsmöglichkeiten praktisch ausgeschlossen.

im april 1992 ist der generalsekretär der cdt-gewerkschaft, noubir amaoui, zu 2 jahren knast wegen "beleidigung der regierung" verurteilt worden; er hatte das politische system in marokko als eine "parodie auf die demokratie" bezeichnet. hassan und seine clique haben in 3 jahrzehnten reichtümer im wert von schätzungsweise 40 milliarden dollar zusammengerafft. sie können es sich leisten, einen wesentlichen teil der parteien in direkter abhängigkeit zu halten (das sind die parteien im parlament, die die regierung aus parteilosen ministern unterstützen). weil von hassan und seiner clique der handel mit kokainchlorhydat und cannabisderivaten zum eigenen vorteil gesteuert wird, fällt eine menge extraprofit an, der direkt bei der finanzierung der "königlichen" parteien verwendung findet (die konsument/inn/en in westeuropa - es stammen z.b. 27% der konsumierten cannabisderivate aus marokko - unterstützen das indirekt). so hat ein regierungsvertreter gegenüber der zeitschrift al majalla al maghribia zugegeben, daß die rni, die in hassans parteiendemokratie eine wichtige rolle spielt, "mit hilfe von drogengeldern" aufgebaut worden ist. viele marokkaner/innen verweigern sich diesem spiel; bei den letzten parlamentswahlen im juni 93 betrug die wahlbeteiligung nur 63%; andere nutzen die seltenen wahlen (die vorletzte wahl war 1984), die sowieso nichts ändern, indem sie sich ihre stimme abkaufen lassen. die "oppositions"parteien, die sich wie die usfp oder die pps "sozialistisch" nennen, können in ihrer demonstrativen loyalität zum herrschenden system nur als schlechter witz bezeichnet werden. eine "oppositions"partei wie die istiqlal versucht den könig in nationalistischer argumentation, z.b. was die westsaharafrage betrifft, sogar noch zu übertreffen. die eigentliche opposition in marokko ist illegal und wird von einem umfassenden sicherheitsapparat verfolgt.

VOLXSPORT

"young islamists are unhappy at what they see as morocco's spiritual corruption: a 20-year-old woman member of justice and charity laments 'drinking, prostitution, and repression'. the main theme of the islamist groups is that morocco is loosing its identity as an islamic country; the road to europe, they say, is the wrong one." (the economist, 26.2.94)

die illegale opposition in marokko besteht zum einen aus sozialrevolutionären gruppen, die auf islamischer grundlage arbeiten. abd es-salam yassin von der oben erwähnten gruppe "gerechtigkeit u. wohlfahrt" steht seit 1989 unter hausarrest; alle freitagspredigten müssen der zensur vorgelegt werden. der revolutionäre gedanke, ausgehend von der eigenen kulturellen - und das heißt in marokko: islamischen - identität zum kampf gegen das von den imperialistischen staaten gestützte ausbeutungsregime zu kommen, verbreitet sich trotzdem. der andere teil der illegalen opposition sind antiimperialistische gruppen auf kommunistischer grundlage. einer besonders brutalen verfolgung durch hassans apparat sind die anhänger/innen der kleinen militanten gruppe "ilal amam" ausgesetzt, weil diese nicht nur für die freiheit des marokkanischen volkes, sondern auch für das recht der sahrauis auf selbstbestimmung kämpfen. der bekannteste politische gefangene marokkos, der kommunist abraham serfaty, gehörte zu dieser gruppe: seit 1975 im knast wurde er erst 1991 im alter von 65 jahren freigelassen und sofort abgeschoben.

"europa hat ein vitales interesse an einem politisch stabilen maghreb und daran, daß in der westsahara nicht eine unberechenbare situation entsteht." (köhler im "welt"-interview 1986)

seit anfang november 1975 mußten die sahrauis, die in der westsahara leben, vor der von den imperialistischen staaten hochgerüsteten marokkanischen invasionsarmee flüchten. viele der militanten sahrauis haben im guerillakampf gegen diese armee ihr leben verloren. nach wie vor warten ca. 200000 sahrauis, die in der algerischen wüste in flüchtlingslagern bei tindouf leben, auf die rückkehr in ihre heimat. die auswirkungen der unwetterkatastrophen vom 8./9.10. und 29./30.10.94 in der wilaya elaaiun haben noch einmal deutlich gemacht, wie unhaltbar die situation für die menschen dort in den lagern ist. 75% des sahrauischen territoriums sind von marokko besetzt. die "marokkanität der westsahara" durchzusetzen, ist wesentliches ziel der marokkanischen staatspolitik. typen wie köhler haben hassans besatzungspolitik jahrelang unterstützt u. propagandistisch begleitet;köhler hat das freiheitsrecht des sahrauischen volkes mit füßen getreten.

weil die brd-eliten im interesse der wohlstandsfestung westeuropa und der brd als eu-zentralmacht mit hilfe von hassans clique unsere marokkanischen/sahrauischen schwestern und brüder unterdrücken - auch deshalb werden autonome antiimperialist/inn/en sprengsätze dorthin bringen, wo die brd-eliten wohnen/arbeiten.

"wer immer anfängt, zu kämpfen und widerstand zu leisten, ist einer von uns. die fragen, wie und an welcher stelle das system am besten zu bekämpfen, am besten zu erpressen, selbst am schwächsten ist - die frage haben wir zu beantworten - nicht nach der devise: eins nach dem anderen, sondern in der dialektik von theorie und praxis." (rote armee fraktion, 1972)

im gedenken an el ouali mustapha sayed





Telefon für Information und Unterstützung bei rassistischen und faschistischen Angriffen

... und es geht WEITER WEITER

Wie sicher viele wissen, ist vor etwa einem Jahr die Spitzelfrau Christine Schindtke enttarnt worden. Sie war sowohl im Infotelefon (entstanden nach einem Aufruf von SOS-Rassismus) als auch in anderen Zusammenhängen "tätig".
Von diesem Schlag hat sich das Infotelefon nicht mehr erholt, nicht zuletzt, weil die internen Probleme immer größer geworden waren. Nach einigen neuen Anläufen stellte das Infotelefon seine Arbeit ein.

WIR - das sind "Reste" des alten Infotelefons, Leute der ehemaligen Schutz-und Fahrwachen-gruppe und einige Leute aus anderen Zusammenhängen - wollen einen neuen Versuch starten. Ein vergleichbares Telefon existiert zur Zeit in Berlin nicht, ist aber als verbindliche Informations-und Mobilisierungsstruktur unbedingt notwendig. Das Interesse der Öffentlichkeit an rassistischen Übergriffen auf AusländerInnen und Flüchtlinge ist so gut wie erloschen. Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, Mißhandlungen von AusländerInnen tauchen, wenn überhaupt, nur am Rande in den Medien auf.
Abgesehen davon, daß die Darstellungen der bürgerlichen Medien oft weit entfernt von der Realität sind, bedeutet auch ein tatsächlicher Rückgang der Übergriffe keine Entschärfung der Situation.

Die organisierte Rechte wird immer starker und ist dabei, neue Strukturen aufzubauen. Sie kann jederzeit wieder zuschlagen.
Auch von staatlicher Seite nimmt der Druck auf Flüchtlinge weiter zu; Abschiebungen stehen auf der Tagesordnung. In rasantem Tempo und relativ unbemerkt findet eine standige Verschärfung der Asylgesetze statt. Die staatliche Überwachung, nimmt immer mehr zu.

Wir lassen uns unsere Strukturen nicht vom Staat zerschlagen. Wir sind uns bewußt, daß gerade bei einem Infotelefon, das die Verbindung von und zu anderen Gruppen darstellt, die Gefahr von Bespitzelung groß ist. Die Sicherheit von uns und anderen Gruppen ist daher standiges Diskussionsthema das wir in unserer Arbeit praktisch umsetzen werden.

Wir sind sowohl Info-als auch Notruftelefon das bedeutet den Aufbau von Fahrwachengruppen und Telefonketten.

Das Telefon ist nur dann moglich und sinnvoll, wenn es fest in die linke Organisationsstruktur eingebunden ist und von vielen Gruppen getragen wird.

Wir brauchen Unterstutzung!
Sobald wir dazu in der Lage sind, wollen wir das Wochenende komplett besetzen.

Im Moment sind die Zeiten

AB Freitag den 03.02.1995

Freitags	16:00 - 22:00 UHR
Samstags	16:00 - 02:00 UHR

Und bei Bedarf!!!

An den anderen Tagen wird es einen Anrufbeantworter geben, der regelmäßig abgehört wird.

Ankündigung: Am 10.02. findet das erste Telefonketten - Treffen statt!!

Weitere Infos kommen noch!!

030/ 394 30 23

VOLXSPORT GEGEN "JUNGE FREIHEIT"

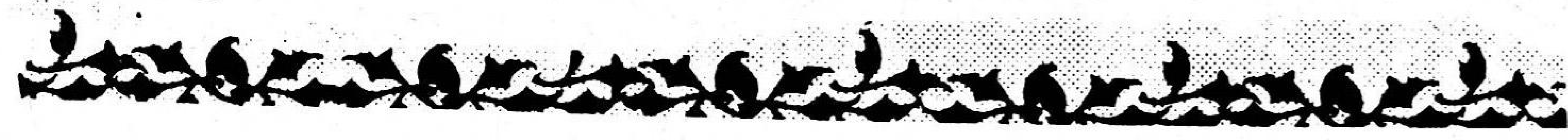
KEINE FREIHEIT FÜR DIE FEINDE DER FREIHEIT !

Wir haben heute das Auto des Chefredakteurs der Nazi-Postille Junge Freiheit in Asche verwandelt. Am frühen Morgen des heutigen Dienstag haben wir einen Brandsatz unter dem vor dem Redaktionsgebäude der J F geparkten Auto Dieter Steins deponiert.

Die Junge Freiheit ist der aktuelle Versuch einen breiten Rahmen zu schaffen für Diskussionen und Agitation aller rechtsextremen Gruppen und Parteien bis weit in die Mitte des bürgerlichen Spektrums und darüber hinaus. Ihr Ziel ist es, durch einen sogenannten "Rechten Pluralismus" noch vorhandene Berührungsängste der einzelnen Fraktionen des rechten Lagers abzubauen und zu einer weiteren Vereinheitlichung der Ideologie und Strategie einer rechten Bewegung beizutragen.
Bisher haben es ihre Schreiberlinge bewußt vermieden, sich einer bestimmten Partei rechts von der Union anzubiedern.
Die JF war vielmehr das Sprachrohr ehemaliger Naziterroristen ebenso, wie das der Naziparteien von REP über Deutsche Liga für Volk und Heimat bis zur österreichischen FPÖ.
Schon immer richtete sie ihre Ideologie und Strategie auf die sog. "Konservative Revolution" der Weimarer Republik aus. Deren bekannteste Vertreter, wie Carl Schmidt, Ernst Jünger, Oswald Spengler, Ernst Niekisch oder Arthur Moeller van den Bruck, die geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus also, sind ihre großen Vorbilder.
Krampfhaft versuchen sie deren Ideologie zu kopieren und auf heute zu übertragen.
Dabei arbeiten sie mit den Verfechtern der "Neuen Rechten" oder "Nouvelle Droite" der frühen 70er Jahre, wie Armin Mohler oder Alain de Benoist zusammen, indem diese regelmäßig in der JF schreiben dürfen.
Eines ihrer Hauptanliegen besteht darin, die "Kulturelle Hegemonie (Vorherrschaft)" zu erlangen.
Sie planen nichts geringeres als die vollkommene Zurückdrängung und Umkehrung aller seit 1968 erreichten Reformen zur Liberalisierung der Gesellschaft. Dazu ist ihnen keine Lüge zu dreist und jedes Mittel recht. Über sich links gebärdende Naivlinge, wie Wolfgang Templin (schreibt mittlerweile selbst in der JF) oder den PDS-Nationalisten Johann Scheringer, die sie in ihrer Postille interviewen, gelingt es ihnen, sich immer wieder in´s Gespräch zu bringen.
Genau das ist es aber, was diese Zeitung zu einer Gefahr werden läßt. Ohne daß sich irgend jemand außerhalb des rechtsextremen Lagers mit ihr abgeben würde, wäre die JF nicht mehr als eine von vielen Sumpfblüten der braunen Presselandschaft und würde es wohl auf ewig bleiben.
Diese sogenannte Querfrontstrategie aber läuft darauf hinaus, daß sich "angeblich linke Leute von Rechts" und "rechte Leute von Links" unter dem großen Dach des "Völkischen Nationalismus", und damit rechtsaußen zusammenschließen.
Die Grundlagen der JF sind neben einem rechten Elitedenken, ein völkisch begründeter Rassismus, ein agressiver Anti-Feminismus, sowie ganz allgemein die alles umfassende Lehre von der Ungleichheit, sprich Anti-Liberalismus. Ihre Lieblingsfeindbilder sind die ehemaligen Alliierten als diejenigen, die die Deutschen einer "Charakterwäsche" unterzogen hätten, allgemein sich zu den Idealen der Aufklärung und der französischen Revolution bekennende Politiker aller Parteien sowie natürlich Antifaschistinnen und Antifaschisten, die ihnen immer wieder einen Strich durch die rechte Rechnung machen.
Durch permanente Öffentlichkeitsarbeit in Verbindung mit Antifaschistischen Aktionen ist es gelungen, die JF immer wieder zu behindern und auf ihre menschenverachtende Agitation aufmerksam zu machen.
Bundesweite Boykottaktionen gegen Kioske, die diese Art Zeitung verkaufen, kritische Berichterstattung in den linksliberalen Medien und die Offenlegung ihrer Kontakte bis in`s

Lager österreichischer Nazi-Terroristen haben dazu geführt, daß die großkotzig mit 75.000 angegebene Auflage in Wahrheit nicht einmal 15.000 beträgt.
Selbst der ansonsten, wenn es um Nazi-Organisierung geht eher zurückhaltende, oder wie in Solingen mitorganisierende Verfassungsschutz kommt nicht mehr darum herum, die JF als Teil des rechten Netzwerks öffentlich zu benennen.
Militantes Vorgehen gegen die Vertriebsstrukturen der Zeitung waren und bleiben daher *eine mögliche Aktionsform* um das hoffentlich baldige Ende dieser Zeitung herbeizuführen





Momentan versucht die Redaktion um Dieter Stein mittels öffentlich sichtbarer Schönheitsoperationen, wie der Entlassung einiger zu offensichtlich faschistisch-völkisch argumentierender Redakteure wieder Boden zu gewinnen.
Mit 85.000 DM Schulden ist man zu einigen taktischen Verwirrspielchen bereit.
Lassen wir uns jedoch davon nicht blenden!
Im Hintergrund lauert die Clique der Protofaschisten Karl-Heinz Weißmann und Rainer Zitelmann, die es bisher nicht für opportun hielten sich selbst am Projekt Junge Freiheit zu beteiligen.
In Zusammenhang mit der angestrebten nationalen Neuformierung der FDP hin zu einer deutschen FPÖ aber könnte dieses Projekt doch noch die Funktion eines Parteiblattes bekommen. Ohne die finanzielle Hilfe des Nazi-Verlegers Herbert Fleißner würde die JF sonst wohl das Zeitliche segnen.
Als kleine Entscheidungshilfe für Dieter Stein, Chefredakteur und tragende Säule des Projekts Junge Freiheit, haben wir heute dafür gesorgt, daß er sein Geld lieber für ein neues Auto ausgibt als für konservativ-faschistische Zeitungshetze.

Wir beziehen uns mit unserer Aktion unter anderem auf die vor einigen Wochen gelaufenen Angriffe auf die Union-Druckerei in Weimar und brandenburgische Pressegrossisten mit insgesamt 2.5 Mio DM Sachschäden. Liebe Grüße auch an die **Autonome Gruppe Halim Dener**, die in Hannover das Auto eines rechtsradikalen Buchhändlers einäscherte, sowie An die **Autonome Gruppe Ufuk Sahin**, die mit Hakenkreuzen versehene Nazigrabsteine aus einem Friedhof bei Stahnsdorf entwendete und diese daraufhin an verschiedenen Orten in Berlin, unter anderem Fleisners Ullstein -Verlag, teilweise durch die Scheiben beförderten.

Flammende Grüße!!! **No pasaran!!!**
17.01.95
Autonome Antifaschistische Gruppe Michael Gäbler

VOLXSPORT

In der Nacht vom 14.12. zum 15.12.'94 haben wir das Privatauto eines Oldenburger Bullen vor seiner Haustür bearbeitet.
Wir haben uns bewußt einen Bullen in seinem privatem Umfeld als Ziel unserer Aktion ausgesucht. Hierbei ging es in keinster Art und Weise darum. 'seiner' Familie Angst zu machen oder ähnliches. sondern einzig und allein um seine Person. die sich auch im 'Privatem' nicht von seiner Funktion als Bullen trennen läßt. Genau asu diesem Grund haben wir uns auch einen Gegenstand ausgesucht. der einer konkreten Person zuzuordnen ist und nicht ein Gebäude o.ä.. Wir haben im Vorfeld alle Wahrscheinlichkeiten. die Folgen für 'seine' Familie haben könnten. soweit es möglich war. ausgeschlossen.
Den BürgerInnen wird nachwievor probiert vorzumachen. daß Bullen zu 'ihrem Schutz' und 'ihrer Hilfe' da seien. Hierbei geht das gezeichnete Bild. das Vertrauen erwecken soll. selten über jenes des freundlichen 'Bereichskontaktbeamten' hinaus. Die wahre Funktin des Bullenapparats wird so gut es geht verschwiegen. An den Stellen. wo sie offensichtlich wird. wird mit Hilfe der Medien abgewiegelt und vertuscht. Hierfür lassen sich unzählige Beispiele finden. seien es die prügelnden Bullen auf Hamburger Wachen. die von Bullen vollzogenen Morde an Halim Dener und Kola Bankole. das sexistische Verhalten von Mannheimer Bullen. die verhaftete Frauen für Pornoaufnahmen mißbrauchten oder die (Berliner Hilfs)Bullerei in der Nazis aktiv sind/waren. All dies ist eben nicht. wie es uns versucht wird unterzuschieben. Fehlverhalten einzelner Bullen. sondern Ausdruck der Gesamtfunktion des Bullenapparates in diesem System. Die Politik der HERRschenden wird von von Bullen maßgeblich umgesetzt. Jeder einzelne Bulle hat sich bewußt für diesen Beruf entschieden und trägt die - auchdurch seine Tätigkeit legitimierte - HERRschende Politik mit.
In dem wir in diesem Text nur die männliche Form für die Bullen verwenden. wollen wir damit nicht darüber hinwegsehen. daß auch Frauen in diesem Apparat tätig sind. sondern es soll verdeutlichen. daß gerade der Bullenapparat ein Inbegriff patriarchaler Strukturen und Gewalt ist.



SPÄTE ANTWORT AUF MILI`S TANZ

Wir greifen mit diesem Papier die Inititaive der Roten Zoras auf,die mit ihrer Broschüre "Mili`s Tanz auf dem Eis" die Diskussion um Inhalte und Ziele autonomer feministischer Politik neu beleben.Dabei wollen wir uns auf einige Aspekte konzentrieren - das Verhältnis zu "linken Konzepten" - die Bedeutung des "weiblichen Prinzips" - die Definition von "Produktion ,Reproduktion und Re-Produktion".

Da wir die von uns wiedergegebene Diskussion anhand des Roten Zora-Textes geführt haben,entwickeln wir unsere Positionen und Fragen oft an Widersprüchen und Differenzen zu den ihren.Dabei haben wir sicher z.T. von uns Vermutetes als Meinung unterstellt,manches wurde auch nur durch die Verwendung bestimmter Begriffe nahegelegt.So haben wir sicherlich einige Sachen überspitzt formuliert,Aussagen vielleicht in einen falschen Kontext gestellt und damit verzerrt.Auch fanden wir manchmal sich für uns widersprechende Positionen in ihrem Text,so daß wir dann nicht so recht wußten, was sie jetzt eigentlich meinen.Wir hoffen,daß trotzdem unsere Absicht deutlich wird,etwas Licht in den allgemeinen Positionsdickicht zu bringen. Uns geht es nicht darum,ihre Positionen zu zerreißen,wir wollen sie diskutieren.Nur wenn uns klar ist,auf Grund welcher Analyse und aus welchem Blickwinkel die verschiedenen Frauenzusammenhänge ihre Strategie und Praxis entwickeln - und wir auch uns selbst bewußt sind,aus welchen Gründen wir die von uns gewählten Wege einschlagen - kann eine produktive Debatte und Zusammenarbeit entstehen.Und das hoffentlich jenseits von überheblicher Abgrenzung und Diffamierung, auch wenn sich an manchen Kreuzungen die Wege trennen.Dazu gehört auch das Wissen, daß es nicht die eine Wahrheit gibt, sondern daß in der eigenen Sicht- und Verhaltensweise Widersprüche liegen und daß in denen der anderen auch Wahres liegt.
Damit wollen wir nicht der Beliebigkeit von Meinungen das Wort reden, sondern uns bemühen,Widersprüchlichkeiten zuzulassen und nicht dogmatisch zu werden.
Die Frage der Nähe oder Distanz zu linken Konzepten/Analysen und Gruppen ist eine der heißumstrittensten, verbunden mit persönlichen Enttäuschungen, Spaltungen und Frust. Die Positionen reichen von strikten Separatistinnen, die den Geschlechterwiderspruch als Hauptwiderspruch sehen und jegliche Zusammenarbeit mit Männern (Bündnisse etc.) ablehnen, bis hin zu Frauen in gemischtgeschlechtlichen Gruppen, die versuchen, antipatriarchale Politik zu entw[illegible]n.
Viele schwimmen irgendwo dazw[illegible]en - und je nach Situation und Anlaß dominie[illegible]ehr die Distanz oder die Nähe zur gemischten Linken.Daraus ergibt sich ein ewiges Gezerre aneinander, was z.T. zu fast völligen gegenseitigen Blockierungen führt.Umso wichtiger, die Diskussion von der Ebene der Schuldzuweisungen zu holen und genau zu reflektieren, wodurch sich Nähe und Distanz herstellen.Welche unterschiedlichen Wertsetzungen haben wir, worin unterscheidet sich unsere Geschichte, unsere Realität, unsere Utopie - aber auch wo stimmen wir überein?
Hinter diesem Konflikt verbergen sich die verschiedenen Sichtweisen auf die Strukturen der Gesellschaft, auf die eigene Rolle, die Bewertung der Kategorien "Mann"-"Frau","männlich"-"weiblich",die unterschiedlichen Definitionen von linker Ideologie/Ideenwelt.Sicher ist es schwer , so umfassende gesellschaftsanalytische Positionen darzustellen,noch dazu verknüpft mit der Beschreibung und Auswertung des eigenen Erfahrungshintergrundes.Diesen hohen Anspruch stellen wir weder an die Roten Zoras noch an dieses Papier.Aber es geht uns darum, die Diskussion darüber zu beginnen.

LINKE KONZEPTE/DENKMUSTER

Unter diesen Begrifflichkeiten läßt sich eine ungeheure Bandbreite von Ideen und Vorstellungen einordnen.Das reicht von der historischen Sozialdemokratie über anarchistische und kommunistische Gruppen bis hin zur undogmatischen,autonomen und auch feministischen Linken.Sie alle erheben den Anspruch,für eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen durch den Menschen zu arbeiten.Wie der Weg dorthin auszusehen hat, ist seit jeher ein heftiger Streit.Bestimmen sich sowohl die Praxis als auch die Erklärungsmuster doch stark durch die eigene Realität in Herrschaftsverhältnissen und die sich daraus entwickelnden sehr verschiedenen Interessen.Zweifelsohne ist in der Geschichte der Linken das Erkenntnisdefizit bzgl. unterschiedlichster Herrschaftsstrukturen offensichtlich, und sicher ist die Unterordnung des Geschlechterwiderspruchs unter wahlweise den zwischen Proletariat - Kapital, unterdrückte Völker - Imperialismus, revolutionärer Mensch - Schweinesystem nicht nur der jeweiligen historischen Situation geschuldet.Diese Unterordung spiegelt auch das Unterdrückungsverhältnis zwischen Männern und Frauen wieder,das Herrschaftsinteresse von Männern drückt sich darin aus.Trozdem ist es eine grobe Vereinfachung,die Auseinandersetzung ganzer Generationen von Frauen und Männern, die für eine Veränderung der herrschenden Verhältnisse gekämpft haben,als nicht mehr relevant für die Entwicklung feministisch- revolutionärer Politik zu erachten, da sie den Stempel "patriarchal" tragen(S.6...wir waren eng verbunden mit einer linken Geschichte und den entsprechenden Denkstrukturen und Handlungsmustern...gelang es uns sehr wenig,uns von diesen zu lösen und unsere Befreiungsvorstellungen und -wege auf feministisch-revolutionäre Füße zu stellen...).
Feministische Theorie und Praxis ist ohne linke Ideengeschichte nicht vorstellbar.
Die Roten Zoras denunzieren linke Konzepte und Denkmuster als in erster Linie männlich,patriarchal und veraltet und somit für Frauen untauglich und belastend.
Sie beziehen sich in ihrer Abgrenzung z.T. auf eine ganz spezifische Linke, die undogmatische sozialrevolutionäre der 70er,80er Jahre in der BRD, speziell die RZ.Sie kritisieren zurecht die alte Aufteilung in frauenspezifische und allgemeinpolitische Themen. Bei letzteren sei ihre Frauenidentität verschwunden,da diese Politik eine patriarchale Ausrichtung gehabt habe.(S.5f)Leider bringen sie als Beispiel nur das Verteilen gefälschter Fahrausweise gegen Fahrpreiserhöhung.Die speziell patriarchale Ausrichtung dieser Aktion ist uns nicht so ganz klar.Die Widersprüche von feministischen Frauen in gemischten Gruppen lassen sich an anderen Beispielen doch sehr viel plastischer zeigen. Wir denken, daß es nicht richtig ist,vorauszusetzen, daß alle schon wüßten, welche Schwierigkeiten damit gemeint seien.Deutlicher wird es bei gemischten Aktionen zur Situation in den Knästen:der in den Männerknästen herrschende Sexismus ist ja allgemein bekannt,die Diskussion

um an Knastrevolten beteiligte Vergewaltiger zeigt die Widersprüchlichkeit deutlich. Auch bei Aktionen gegen militärische Einrichtungen lassen sich die verschiedenen Positionen, aus denen heraus Frauen und Männer agieren, kurz benennen: Militär ist in erster Linie (auch wenn es mittlerweile einige Armeen gibt, bei denen auch Frauen zugelassen sind) ein Männerbund, die "Schule der Nation", in der "der Mann zum Mann wird". Nicht erst durch die Massenvergewaltigungen in Ex-Jugoslawien ist die besondere Bedrohung für Frauen durch Soldaten ins Bewußtsein gerückt. Welche kennt nicht die Beklemmungen, die die auf "Auslauf" befindlichen Soldatenhorden an Wochenenden auslösen? So sehen wir Militär nicht nur als Instrument imperialistischen Machtinteresses, sondern auch als direkte Bedrohung für uns Frauen und als ideologisches Muster zur Herausbildung einer gewalttätigen Männeridentität. Gerade an diesem Punkt wird der Unterschied deutlich: Männer müssen sich auf einer ganz anderen Ebene damit auseinandersetzen, denn der "soldatische Mann" ist ja nicht nur beim Militär zu finden, sondern spielt in ihrer Sozialisation eine Rolle.

Um die Aufspaltung in frauenspezifisch und allgemeinpolitisch aufzuheben, entschieden die Roten Zoras sich, "als Frauengruppe gegen allgemeine Unterdrückung zu kämpfen... Frauenkampf ist umfassend und beinhaltet jeden Kampf gegen jede Form von Unterdrückung, Ausbeutung, Zerstörung und Menschenverachtung." (S.6) Heute betrachten sie diesen Ansatz als weiterhin in der Auftrennung von frauenspezifisch und allgemein verhaftet. Sie sahen sich einer Doppelbelastung ausgesetzt, da sie das spezifisch frauenbefreiende nicht in diesen Kämpfen (Häuserkampf, Knastkampf, Friedensbewegung) formulieren und umsetzen konnten. Das Verbundensein mit linken Denkstrukturen und Handlungsmustern blockierte das Entwickeln feministisch-revolutionärer Befreiunsvorstellungen (siehe Zitat oben)

Zitat: "Gemeinsame Organisierung mit Männern bindet nicht nur unsere Energien in der ständigen Auseinandersetzung um die Behauptung von Frauen-Lesbenpositionen, sondern sie bindet uns auch in von Männern gesetzte Diskussionsprozesse ein, bringt uns immer wieder auf das Gleis der Orientierung an männlichen Normen, die wir selbst oft tief verinnerlicht haben".

Leider bleiben sie an diesen Stellen furchtbar unkonkret. Sie benennen nicht, worin sich die Blockierung ausdrückte, noch welche Handlungsmuster und Denkstrukturen damit gemeint sind. Auch die verinnerlichten männlichen Normen werden nicht genauer benannt.

Die Trennung von Männern, die Frauenkampf als Teilbereichskampf begreifen, können wir nur zu gut verstehen. Warum damit aber der Abschied von linken Konzepten und linken Zielsetzungen verbunden wird, ist uns nicht so ganz einsichtig. Auch die sehr allgemeingültig scheinende Behauptung, Diskussionen mit Männern seien immer nur von ihnen bestimmt und würden Frauen nur auf falsche Gleise (männliche) bringen (S.6), malt uns doch zu sehr das Bild der ständig unterdrückten, dominierten Frau. So drängt sich die einfache Rechnung auf : Mann = Täter = schlecht - Frau = Opfer = gut.

So ist nicht unser Selbstbild und so einfach sehen wir auch nicht die Strukturen patriarchaler Herrschaft.

Die Auseinandersetzung mit gemischten Gruppen bedeutet in vielen Fällen einen mühsamen Kampf um Positionen und Bewußtsein und ist auch oft verbunden mit viel Ärger, Frust und Streit. Aber Frauen können auch Diskussionen in gemischten Zusammenhängen bestimmen und sich immer wieder neu entscheiden , wo sie Grenzen setzen. Sie können auch dort Stärke entwickeln und sehen ihre Arbeit sicher nicht nur als Zeit- und Energieverschwendung an. Es ist ein anderer Weg, als der von den Roten Zoras eingeschlagene, aber das sollte an konkreten inhaltlichen Differenzen diskutiert werden, nicht an platten Schemata und nicht mit Schlagworten.

Frauenidentität gegen männlich-linke Theoriemuster?

In dem Text der Roten Zoras erscheint es uns so, als sei linke Theorie ein starrer, unveränderbarer Klotz in den Händen unverbesserlicher Gralshüter männlicher Dominanz. Wir - welche hätte das gedacht - sehen das natürlich anders. Linke Theorien sind vielfältig und unterschiedlich und verändern sich. Es wird versucht, sie neuen Verhältnissen und Erkenntnissen anzupassen. Sie werden von Männern u n d Frauen geprägt, auch von der feministischen Diskussion. Sicher gibt es viele linke Strömungen, Organisationen, Entwicklungen, die nur noch wenig mit dem postulierten Befreiungswillen zu tun haben. Es ist für uns aber ein Unterschied, ob wir uns von bestimmten Ausrichtungen distanzieren, oder grundsätzlich den Bezug auf linke Denkgeschichte ablehnen. Wir begreifen uns als Teil der Auseinandersetzung um eine Perspektive umfassender Befreiung. Gesellschaftliche Widersprüche laufen z.T. quer zu dem Geschlechterwiderspruch; Klassenunterdrückung und Rassismus sind davon ja die bekanntesten. So halten wir die Debatte und den Streit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, z.B. mit Männern, für wichtig und mitunter auch produktiv. Ein Beispiel dafür ist der vielzitierte 3:1-Text und (auch wenn er oft als pseudo-antipatriarchales Aushängeschild benutzt wird) die daran entstandenen Diskussionen.

"...unsere Frauenidentität bestimmt unsere Politik." (S.10)

Frauenidentitäten sind so vielfältig wie wir Frauen. Welche Frauenidentität bestimmt ihre Politik? Steht unser Frau-Sein wirklich bei jedem gesellschaftlichen Widerspruch im Vordergrund? Nicht alle Unterdrückungsverhältnisse gehen im Patriarchat auf, stimmt an den linken Analysen des Klassenwiderspruchs, Kolonialismus, Rassismus gar nichts mehr?

Wir wollen hier kein Plädoyer für gemischte Zusammenhänge halten. Natürlich setzen die meisten sich viel zu wenig bis gar nicht mit patriarchaler Herrschaft und ihrer eigenen Rolle darin auseinander. Und natürlich ist es notwendig, daß wir Frauen uns gegen unsere Unterdrückung als Frauen organisieren und wehren. Wir wollen nur in Frage stellen, ob das reicht, um gegen alle herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen vorgehen zu können, und ob es stimmt, daß ausschließlich wir Frauen Ansätze für einen Kampf um umfassende Befreiung entwickeln können. Dieser Ansatz klingt zumindest für uns an manchen Stellen in der Broschüre an.

Im Text der Roten Zora sind uns zwei Begriffe aufgefallen, die in deren Orientierung/Analyse eine zentrale Bedeutung zu haben scheinen: das weibliche Prinzip und die Re-Produktion.

Die Roten Zoras bewerten beide Begriffe positiv. Sie lassen sich beide aus einem Gegensatzpaar ableiten: weiblich - männlich und Reproduktion - Produktion. In diesen Gegensatzpaaren vertreten sie jeweils das, was herkömmlicherweise Frauen zugeordnet wird. Die Roten Zoras benutzen die beiden Begriffe "weibliches Prinzip" und "Re-Produktion" jedoch für etwas, was inhaltlich anders bestimmt sein soll als die herkömmlich weibliche Seite des

Gegensatzpaares.Sie sollen mit ihrer neuen inhaltlichen Bestimmung sogar den Gegensatz aufheben.Wir fänden es besser, dafür dann einen ganz anderen Begriff zu wählen, denn es erscheint uns verwirrend, als Aufhebung eines Gegensatzpaares ein Wort zu gebrauchen, das ursprünglich einen Pol desselben bezeichnet hat.Wir haben immer noch sehr viel Mühe, die neue inhaltliche Bedeutung dieser Begrifflichkeiten zu verstehen.Im Folgenden stellen wir also unsere Interpretation samt unserer Widersprüche dazu dar.

WEIBLICHES PRINZIP STATT LINKE BEFREIUNGSKONZEPTE ?

Soweit aus dem Text der Roten Zoras zu entnehmen ist, ist mit dem Begriff weibliches Prinzip, der zurückgeht auf die indische Autorin Vandana Shiva, etwa folgendes gemeint: die weltanschauliche Grundlage für einen "Kampf für die Rechte und Ansprüche ALLER Menschen auf Nahrung und Existenz, auf Rückgewinnung der Bedingungen dafür, und für politische Wege, die das Grundrecht auf Überleben achten anstatt zerstören"(S.23)Eine wichtige Rolle spielt dabei auch der Kampf gegen Umweltzerstörung.Im weiblichen Prinzip soll der "geschlechtsspezifische patriarchale Dualismus von weiblich=friedfertig und passiv-reproduzierend bzw.männlich=gewaltätig und aktiv-produzierend"(S.22)aufgehoben sein oder werden.D.h.,daß die hauptsächlich von Frauen getragenen Kämpfe, in denen das weibliche Prinzip bestimmend sein soll, nicht auf klassische Frauenrollen,auf Passivität und Friedfertigkeit festgelegt sein sollen.So weit, so gut.Die inhaltlichen Positionen und Forderungen, die hier unter den Begriff weibliches Prinzip gefaßt werden, finden wir richtig und teilen wir.Diese oder ähnliche Positionen werden zumindest vom Anspruch her auch von Teilen der undogmatischen Linken vertreten.Unklar bleibt allerdings, worin das spezifisch weibliche liegt, wenn im weiblichen Prinzip doch der geschlechtsspezifisch patriarchale Dualismus aufgehoben ist oder werden soll? Steht weiblich dann doch ausschließlich dafür, daß diese Kämpfe von Frauen getragen werden? Oder wird weiblich benutzt im Sinne von - für das Leben,lebenserhaltend,naturverbunden usw.? Dann würde sich für uns die Frage stellen, warum diese Eigenschaften als weiblich gelten, bzw. warum w i r sie auch weiterhin als weiblich bezeichnen sollten.Das würde ja dem üblichen Bild von Weiblichkeit entsprechen, welches Frauen eine besondere Nähe zur Natur andichtet und damit ihnen die Verantwortung für Natur- und Lebenserhaltung zuschiebt.Aber selbst, wenn frau die Position verträte, das sei ja nunmal die gesellschaftlich uns zugeschriebene Rolle und insofern würde die eigentlich positiv zu bewertende Natur- und Lebenserhaltung mit weiblich identifiziert,bleibt die Frage,warum ein derart vorbelasteter Begriff verwendet wird.Naturverbundenheit und Reproduktionsfähigkeit im erweiterten Sinne werden auch indigenen oder afrikanischen Kulturen oder den Aborigenes zugeordnet.

Die Roten Zoras sezten das " weibliche Prinzip" dem "patriarchal-technologischen Prinzip" entgegen(S.22),schreiben vom "Techno-Patriarchat"(S.15) und von "Maschinen in Männerhand"(S.21).(Ist Technik also doch nur Männersache?) Das legt nahe, daß im weiblichen Prinzip Technik nicht oder kaum vorkommt.Wir wissen nicht,wie weit die Roten Zoras in ihrer Ablehnung von Technik/Technologie gehen.Wir zumindest haben ein sehr ambivalentes Verhältnis dazu:wir sehen sowohl die zerstörerischen als auch die nützlichen Aspekte von Technik/Technologie.Das ist eine sehr komplizierte und komplexe Auseinandersetzung,auf die wir hier allerdings nicht weiter eingehen werden.

Mit dem Anspruch,die patriarchalen Geschlechterrollen abschaffen zu wollen,können wir viel anfangen.Wieso diese Versuche mehr wie woanders im weiblichen Prinzip eine Rolle spielen sollen, ist uns nicht klar.Denn in den aufgezählten Kämpfen, in denen das weibliche Prinzip zum Tragen komme, geht es relativ viel um klassisch weibliche Rollen und Verhaltensmuster : z.B. die Kämpfe um Versorgung und Ernährung (Volksküchen,Mütterclubs,Milchkomitees in Lateinamerika), Kämpfe von Frauen, die für ihre verschwundenen oder ermordeten Angehörigen eintreten und Gerechtigkeit fordern (Rio de Janeiro und "Mütter der Plaza de Mayo", Buenos Aires).Natürlich sind diese Kämpfe berechtigt und wichtig, aber ein Aufbrechen von klassischen Geschlechterrollen sehen wir hier nicht mehr, als bei manchen Versuchen von Frauen, die in gemischten Organisationen für Befreiung kämpfen.Die Roten Zoras thematisieren Ansätze von Frauen, die in gemischten Bewegungen organisiert sind, und da u.a. auch für ein Aufbrechen von Geschlechterrollen kämpfen,wenig.Für uns bleibt offen, ob die Roten Zoras die Tatsache an sich, daß Frauen sich mit anderen Frauen organisieren, schon als für sich allein genommen positiv und als Aufbrechen des geschlechtspezifischen patriarchalen Dualismus einschätzen.Das allerdings wäre unserer Meinung nach eine krasse Überbewertung der äußeren Organisationsstruktur. Für das Aufbrechen der Geschlechterrollen ist es doch genauso wichtig, WAS Frauen und Männer machen und nicht nur MIT WEM sie organisiert sind.Das Vorhandensein von nach Geschlechtern getrennten Bereichen allein kann kein Gradmesser sein für ein Aufbrechen von Männern und Frauen jeweils zugeschriebenen Rollen.Denn in vielen patriarchalen Gesellschaften gibt es klar voneinander getrennte Frauen- und Männerbereiche.

Es geht uns dabei nicht darum, gegen Frauenorganisierung zu argumentieren! Wir sind selber in Frauenzusammenhängen organisiert und sehen darin natürlich auch die Möglichkeit, festgelegte Frauenrollen aufzuknacken.Vor allem sehen wir eigenständige Organisierung von Frauen als notwendige Grundlage, um feministische Analysen zu entwickeln, um feministische Forderungen aufzustellen und gegen patriarchale Herrschaftsverhältnisse vorzugehen.

In ihrem Text beschreiben die Roten Zoras viele Kämpfe von Frauen in Afrika,Asien und Lateinamerika sehr sehr kurz und oberflächlich und sagen, daß all diese Kämpfe das weibliche Prinzip verbinde.Da sie selbst diesen Begriff im Kontext weitgehender Abgrenzung von linken Politikansätzen benutzen, vereinheitlichen sie Kämpfe, die sich selbst z.T. sehr eindeutig auf linke Bewegungen beziehen,auf ein von ihnen definiertes Prinzip, und vollziehen damit das, was sie selbst auf S.33 kritisch reflektieren."Das Problem von Homogeniesierungen in unseren Köpfen ist uns bewußt..."

Was bedeutet das für die Situation hier?

Die Roten Zoras sagen zwar selber, daß der Begriff weibliches Prinzip aus dem indischen/asiatischen Kulturkreis kommt(S35) und daher nicht einfach auf die Situation hier zu übertragen ist.Letztendlich stellen sie ein Handeln nach diesem Prinzip aber doch als allgemeingültige Perspektive dar,als Ersatz für weggefallene oder weggeworfene frühere Perspektiven,für gescheiterte linke Befreiungskonzepte.An deren Stelle orientieren sie sich an Bewegungen oder Handlungen, die dem weiblichen Prinzip entsprechen sollen.Im

Schlußsatz ihres ganzen Textes schreiben sie,daß sie sich in ihrem Einwirken auf die Gesellschaft am weiblichen Prinzip orientieren wollen,am"re-produktiven,kollektiven und kreativen Handeln".Was heißt das konkret? Wie unterscheidet sich das von ihren früheren oder bisherigen Herangehensweisen und Aktionsformen? Was heißt re-produktiv?

RE-PRODUKTION ALS AUFHEBUNG DES GEGENSATZES ZWISCHEN REPRODUKTION UND PRODUKTION ?-

Als gesellschaftliche Re-Produktion bezeichnen die Roten Zoras "Arbeit ...in einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Macht...,...eine umfassende gesellschaftliche Lebenspraxis:die Wiedererneuerung des Lebens und kulturelle Tätigkeiten als Ausdruck der Beziehungen zwischen den Menschen und der Natur bzw. ihrer Umwelt - im umfassenden Sinne gesellschaftliche Reproduktionsarbeit."(S.21)Und weiter schreiben sie:"Der Kapitalismus hat diese umfassende Arbeit zum Zwecke der Umwandlung in Kapital auf den Kopf gestellt"(S.21) und zwei voneinander getrennte Bereiche geschaffen :die Produktion als gesellschaftlicher Sektor und die Reproduktion als privater Sektor,reduziert auf die Erhaltung der "produktiven" Arbeitskraft und "von den Männern allein den Frauen aufgebürdet"(S.21). Weiter unten schreiben sie,weil "im Sozialismus (diese) hierachische geschlechtliche Arbeitsteilung (Produktion/Reproduktion)...nicht aufgehoben (wird und der Staat) den Frauen nach wie vor... die Aufgaben der gesellschaftlichen Reproduktion aufzwingt...",wird"die Reproduktionsfrage...zum Dreh- und Angelpunkt für den Kampf gegen das Patriarchat"(alles S.21).Auf S.35 schreiben sie:"Solange die gesellschaftliche Re-Produktion (Aufrechterhaltung und Gestaltung individueller und kollektiver Existenz) Grundlage der Produktionsweise war,gab es zwar bereits geschlechtliche Arbeitsteilung,auch hierarchische;was und wie hergestellt wurde war aber - trotz aller Ungleichheit - immer noch an den Existenzbedürfnissen aller orientiert und gewährleistete eine Weiterexistenz".Darin reduziert sich die Re-Produktion auf die Gewährleistung der Existenz - wie diese auszusehen hat,kann auch hierarchisch bestimmt werden.Das steht im Widerspruch zu der Aussage nur wenige Zeilen vorher "Re-Produktion ist weit mehr als was in der patriarchal-kapitalistischen Dualität von Produktion und Reproduktion definiert wird.Reproduktion ist in dieser Dualität bereits Teil männlicher Herrschaftsorganisierung".Was macht denn dann befreienden Charakter von Re-Produktion aus,wenn darin auch geschlechtliche und hierarchische Arbeitsteilung möglich ist?

Für uns stellt sich da wieder das gleiche Problem wie beim weiblichen Prinzip:Allgemein sehen wir nicht,daß ein bestehender Gegensatz über Veränderung von Begrifflichkeiten aufgelöst werden kann.(Damit hatten wir schon in dem Kapitel zu Frauenmacht bei Macht-Ohnmacht, Krieg-Frieden,arm-reich unsere Schwierigkeiten S.8)Außerdem erscheint uns der Versuch, den Gegensatz zwischen Reproduktion und Produktion in dem Begriff von (umfassender gesellschaftlicher) Re-Produktionsarbeit aufheben zu wollen, ohne konkrete Ansätze für Handlungsperspektiven.Wir bestreiten natürlich nicht,daß die unentlohnte Reproduktionsarbeit von Frauen eine ganz entscheidende Rolle in der Entwicklung des Kapitalismus spielt,genauso wie die Unterwerfung und Ausplünderung der kolonisierter Gesellschaften.Diese System würde ohne die fortgesetzte Aneignung von unentlohnter Arbeit nicht funktionieren.Auch die spezielle Ausformung der Hausarbeit samt Kleinfamilie in den Metropolen steht im Wechselverhältnis zu den Erfordernissen der kapitalistischen (und realsozialistischen) Wirtschaft.Trotzdem denken wir, daß es weiterhin Arbeiten geben wird, die in erster Linie produktive Tätigkeiten sind, und solche Arbeiten, die in erster Linie reproduktive Tätigkeiten sind.Aber die Verteilung und Bewertung von Produktions- und Reproduktionsarbeiten muß anders werden.Dazu hat z.B. Frigga Haug folgenden Vorschlag gemacht: alle Männer und Frauen müssen täglich eine bestimmte Zahl von Stunden Produktions- und genausolange Reproduktionsarbeiten machen.Eine solche Herangehensweise liegt uns näher als der Versuch, die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion in der Re-Produktion aufzuheben.Daher können wir nicht besonders viel damit anfangen, wenn die Roten Zoras Schreiben:"Kampf um die Re-Produktion im weitesten Sinne,gegen die Dualität von Reproduktion und Produktion gerichtet,könnte eine Grundlage des Kampfes von Frauen gegen das Patriarchat auch hier sein."(S.35)

Nun haben wir doch hauptsächlich abgezetert,hoffentlich kommt auch ein bißchen rum,was wir richtg finden;na, auf in die Debatte.....

aber - trotz aller Ungleichheit - immer noch an den Existenzbedürfnissen aller orientiert und gewährleistete eine Weiterexistenz".Darin reduziert sich die Re-Produktion auf die Gewährleistung der Existenz - wie diese auszusehen hat,kann auch hierarchisch bestimmt werden.Das steht im Widerspruch zu der Aussage nur wenige Zeilen vorher "Re-Produktion ist weit mehr als was in der patriarchal-kapitalistischen Dualität von Produktion und Reproduktion definiert wird.Reproduktion ist in dieser Dualität bereits Teil männlicher Herrschaftsorganisierung".Was macht denn dann befreienden Charakter von Re-Produktion aus,wenn darin auch geschlechtliche und hierarchische Arbeitsteilung möglich ist?
Für uns stellt sich da wieder das gleiche Problem wie beim weiblichen Prinzip:Allgemein sehen wir nicht,daß ein bestehender Gegensatz über Veränderung von Begrifflichkeiten aufgelöst werden kann.(Damit hatten wir schon in dem Kapitel zu Frauenmacht bei Macht-Ohnmacht, Krieg-Frieden,arm-reich unsere Schwierigkeiten S.8)Außerdem erscheint uns der Versuch, den Gegensatz zwischen Reproduktion und Produktion in dem Begriff von (umfassender gesellschaftlicher) Re-Produktionsarbeit aufheben zu wollen, ohne konkrete Ansätze für Handlungsperspektiven.Wir bestreiten natürlich nicht,daß die unentlohnte Reproduktionsarbeit von Frauen eine ganz entscheidende Rolle in der Entwicklung des Kapitalismus spielt,genauso wie die Unterwerfung und Ausplünderung der kolonisierter Gesellschaften.Diese System würde ohne die fortgesetzte Aneignung von unentlohnter Arbeit nicht funktionieren.Auch die spezielle Ausformung der Hausarbeit samt Kleinfamilie in den Metropolen steht im Wechselverhältnis zu den Erfordernissen der kapitalistischen (und realsozialistischen) Wirtschaft.Trotzdem denken wir, daß es weiterhin Arbeiten geben wird, die in erster Linie produktive Tätigkeiten sind, und solche Arbeiten, die in erster Linie reproduktive Tätigkeiten sind.Aber die Verteilung und Bewertung von Produktions- und Reproduktionsarbeiten muß anders werden.Dazu hat z.B. Frigga Haug folgenden Vorschlag gemacht: alle Männer und Frauen müssen täglich eine bestimmte Zahl von Stunden Produktions- und genausolange Reproduktionsarbeiten machen.Eine solche Herangehensweise liegt uns näher als der Versuch, die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion in der Re-Produktion aufzuheben.Daher können wir nicht besonders viel damit anfangen, wenn die Roten Zoras Schreiben:"Kampf um die Re-Produktion im weitesten Sinne,gegen die Dualität von Reproduktion und Produktion gerichtet,könnte eine Grundlage des Kampfes von Frauen gegen das Patriarchat auch hier sein."(S.35)
Nun haben wir doch hauptsächlich abgezetert,hoffentlich kommt auch ein bißchen rum,was wir richtg finden;na, auf in die Debatte.....

Antifa-Café-Wedding

Wer wir sind und was wir bisher gemacht haben bzw. in Zukunft machen werden:

Das Antifa-Café-Wedding (im nachfolgenden nur ACW gen.) besteht nunmehr im zweiten Anlauf seit dem 16.08.1992 durchgängig. Anlaß zur Wiedereröffnung mit neuer Besetzung waren die Pogrome in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Mannheim sowie zahlreiche Angriffe in der gesamten BRD auf ImmigrantInnen und Schwächere seit 1989.

Wir haben Informationsveranstaltungen organisiert, die durch die verschiedensten Gruppen und Zusammenschlüsse aus zumeist linken unparteilichen Spektren repräsentiert, referiert und anschließend mit dem Publikum diskutiert wurden. Ab und zu zeigten wir auch Filmbeiträge. Es gab Veranstaltungen zu den Themen „Widerstand von 1933 bis 1945", „Faschistische Strukturen in der BRD" als auch zu peripher angrenzenden Begriffen wie „Sekten" und „Ökofaschismus". Dabei kamen auch Betroffene zu Wort, die das Podium ACW nutzten, um mehr Öffentlichkeit für eigene Anliegen zu erwirken. Es gab dadurch regen Austausch zwischen dem „bürgerlichem Publikum", Autonomen und andere, wie auch immer sich bezeichnende Menschen aller linken Gruppierungen. Dies sollte immer der Zweck des ACW sein.

Neben den regelmäßig durchgeführten Veranstaltungen, haben wir auch Aktionen unterstützt, die den Schutz von Flüchtlingen betrafen. Das ist an Tagen, die von FaschistInnen gefeiert werden, verstärkt notwendig (u.a. „30.01"., „Heß Todestag", „Halbe") Selbstverständlich wurden die Menschen, die es zu schützen galt in die Arbeit, soweit es ging, mit einbezogen, da wir sie nicht in gewohnter weißer mitteleuropäischer Manier entmündigen wollten.

Im letzten Winter traten wieder Menschen mit antifaschistischem Interesse an unsere Gruppe heran. Das war die Folge einer Veranstaltung, die sich zielgerichtet an Personen wendete, die sich politisch engagieren wollten. Hieraus bildete sich u.a. eine Anti-Nazi-Pressegruppe, die alle Zeitungskioske im Wedding überprüften, ob diese faschistische Zeitungen wie die „Junge Freiheit" oder die „Deutsche National-Zeitung" verkauften. Sie unterstützten ihre Aktion durch „Kiezradeln" und eine entsprechende Aufkleberaktion „Gelber Punkt" mit Erfolg.

Desweiteren kam es im Zusammenhang mit einer Demonstration im Wedding am 13.08.1994, die wir unterstützten, zur Inhaftierung des in Wedding lebenden Winfried Arnulf Priem, der u.a. ein führender Nazikader in der GdNF ist.

Es scheint weiterhin sehr notwendig, BürgerInnen mit ihrem alltäglichen Rassismus, Faschismus, Antisemitismus etc. zu konfrontieren, da durch Begrifflichkeiten wie „Asylschwemme", „Sozialbetrüger" und „Scheinasylanten" etc. von führenden Alt- bzw. NeofaschistInnen, RassistInnen, AntisemitInnen usw. bis in den medialen Alltag, sprich Zeitungen, Radio- und Fernsehsender fast aller Couleur Einlaß gefunden hat (Sexismus wird bewußt nicht aufgeführt, da der Anspruch und die Realität selbst in linken Kreisen leider noch Utopie sind und den Verfasserinnen dieses Schreibens daher nur als Farce erscheinen würde!).

Wir selbst sind bewußt unparteilich und vertreten keine einheitliche Ideologie.Es bestehen zwar bestimmte Utopien und politische Ansätze, deren Umsetzungen nicht einfach sind. Dadurch bekommen viele eine Chance, den Einstieg in unabhängige antifaschistische Widerstandsstrukturen zu erlangen.

Für die Zukunft wünschen wir weiterhin BürgerInnen, die noch nicht politisch handeln, dazu zu bewegen Widerstand zu leisten, wo e[illegible]ötig ist und sich politisch zu engagieren. Deswegen möchten wir darauf hinweisen, daß wir jeden [illegible]ntag eines Monats entsprechende Veranstaltungen anbieten. Bei diesen Veranstaltungen besteht die [illegible]chkeit sich direkt an uns zu wenden, sofern Interesse an antifaschistischer Mitarbeit besteht.

Folgende Veranstaltungen zu den Themen **„Schwules Notruftelefon"** und **„Freiheitliche Arbeiterpartei" (FAP)** sind für demnächst geplant.

AntiFa-Café-Wedding
in der Putte, Aufgang B, Osloer Str. 12

Frauen und Männer vom **Antifa-Café-Wedding**

Berlin, den 19.01.1995



Räumung von Anatopia

Anfang November erreichte uns ein Schreiben der Bezirksregierung, in dem wir aufgefordert wurden, das Gelände bis zum 11.11.94 zu verlassen. Seit diesem Tag mußten wir mit dem Gefühl leben, jederzeit geräumt werden zu können. Wir lösten für diesen Tag teilweise die Telefonkette aus, worauf ca. 40 UnterstützerInnen kamen. Seitdem zeigte sich verstärkte Polizeipräsenz wie Streifenwagen, Staatsschutzleute, Hubschraubereinsätze und Fahrzeugkontrollen. Am darauffolgenden Wochenende protestierten wir lautstark in Papenburg gegen die Räumung unseres Dorfes mit einer Demo von ca. 100 Leuten. Die nächsten Wochen verliefen relativ ruhig und wir bauten die Verteidigungsanlagen unseres Dorfes weiter aus. Schlagartig änderte sich unsere Situation, als wir am Mittwochabend, 4.1.95, die Nachricht erhielten, daß wir in der ersten Januarwoche geräumt werden. Am selben Abend lösten wir die Telefonkette aus. Die ganze Nacht durch kamen UnterstützerInnen an, von denen uns einige die Info mitbrachten, daß die Räumung des Dorfes für Donnerstagmorgen um 5 Uhr geplant ist. Da 5.30 Uhr immer noch keine Cops zu sehen waren, fuhren die ersten UnterstützerInnen wieder ab. Mittags waren wir wieder ungefähr 20 Leute und entschieden, eine neue Info an die Telefonköpfe durchzugeben. Wir hatten beschlossen, daß Freitag und Samstag Axionen stattfinden sollten, die die Räumung zur Folge haben könnten. Die provozierte Räumung war für uns die einzige Möglichkeit, sich der Zermürbungstaktik der Cops zu entziehen, denn wir hätten nie einen genauen Räumungstermin bekommen. Außerdem konnten die UnterstützerInnen nie mehrere Tage bleiben. Deshalb war es wahrscheinlich, mit einer Gruppe von fünf Leuten abgeräumt zu werden. Ein anderer Grund war, daß wir dem Staat die Räumung so teuer wie möglich machen wollten. Wir beschlossen also, nach nochmaliger Auslösung der Telefonkette, am Samstag (7.Januar) die Straße vor dem Dorf abzusperren und Barrikaden zu errichten. Da ein genauer Termin klar war, hatten wir mit einer hohen Anzahl von UnterstützerInnen gerechnet, die einen intensiveren Widerstand bei der Räumung ermöglicht hätten. Zu diesem Zeitpunkt stand noch das Konzept, nach den Axionen auf der Straße ins Dorf zu gehen, von dort aus noch Widerstand zu leisten und das Hüttendorf nicht freiwillig zu verlassen. Bis zum Mittag waren wir jedoch nur 40 Leute. Dann begannen wir die Barrikaden auf der Johann-Bunte-Straße links und rechts des Dorfes zu errichten. Ungefähr 30 Meter davor zogen wir Absperrbänder, hängten Transpis auf und verstreuten Krähenfüße. Ca. 1/2 Stunde später tauchte der erste Polizeibulli aus Richtung Papenburg auf. Daneben wurde eine Kamera aufgebaut, von der sich später herausstellte, daß sie vom NDR war. Die militantere Gruppe begann wie geplant, die Cops anzugreifen. Sie wurden mit Steinen, Flaschen und Knallern beworfen, woraufhin sich die Cops einige Meter zurückzogen. Auch die andere Seite war mittlerweile durch einen Streifenwagen abgesperrt. Inzwischen war eine große Unsicherheit in der Gruppe spürbar. Ursprünglich hatten nur einige vor, das Dorf zu verlassen, bevor die Cops massiv ins Dorf eindringen würden. Aufgrund einsetzender Dämmerung und unserer geringen Anzahl schlossen sich dieser Gruppe immer mehr Leute an. Wir waren jetzt nur noch ungefähr 30 Menschen zwischen den Barrikaden, und ein Hubschrauber kreiste über uns. Es war für einige Leute undenkbar, daß Dorf freiwillig zu verlassen. Durch das Gefühl dann alleine im Dorf zu stehen, wurde diesen Menschen jedoch die Kraft dafür genommen. Deshalb beschloß der größere Teil, die Cops nochmal anzugreifen und danach die Barris anzuzünden. Anschließend zogen wir uns ins Dorf zurück und flüchteten in Kleingruppen in die angrenzenden Wälder. Am Anfang der Flucht kreiste ständig der Hubschrauber im Tiefflug über den Leuten. Trotzdessen und der durch Zivi-Cops überwachten Straßen und Wege gelang es uns allen, bis zu Telefonzellen zu kommen und abgeholt zu werden. Die Schergen bekamen niemanden in die Finger. Die ganze Nacht über standen die Cops vor dem Hüttendorf, das permanent beleuchtet wurde. Sie forderten immer mehr Verstärkung an, da sie annahmen, im Dorf befänden sich noch Leute. Morgens erreichten sie dann die stolze Anzahl von 350 Cops und forderten dann die BewohnerInnen per Megaphon auf, das Dorf zu verlassen. Nur leider trafen sie niemanden mehr an (hihi!). Später kamen die Räumungsfahrzeuge von Johann Bunte und Container von Meyer und machten unser Dorf platt. Zahlreiche GafferInnen bewunderten das Schauspiel.
Mittlerweile sind wir froh, daß die Cops niemanden von uns verhaftet haben und Unmengen von Geld und Zeit durch unsere Axion verpulvert haben. Wir sind STINKSAUER, daß andere Formen des Widerstands aufgrund mangelnder Unterstützung nicht möglich waren!

Erste öffentliche Vereidigung

Bundeswehr geht trotz zu erwartender Proteste vor die Kasernentore

Die Bundeswehr will am 23. Mai die erste Vereidigung in Berlin außerhalb einer Kaserne durchführen.

Im Oktober 1993 mußte Bundesverteidigungsminister Volker Rühe seine Berliner CDU-Parteifreunde zügeln. Natürlich werde die Bundeswehr „in Zukunft" ihre Wehrpflichtigen öffentlich vereidigen. Aber auch das müsse sich – wie die Haltung der Öffentlichkeit zu Kampfeinsätzen – „organisch entwickeln".

Rühe hatte noch den peinlichen Auftritt im Juni 1993 in Halle vor Augen. „Ein gewaltiges Polizeiaufgebot" habe ihn vor Protesten von Friedensgruppen schützen müssen. Der gute Wille allein reiche nicht, die „richtige Zeit und Form" müßten gegeben sein, so Rühe.

Nun scheint dieser Zeitpunkt herangereift zu sein. Am 23. Mai wird dem Vernehmen nach die erste Vereidigung in Berlin außerhalb des sicheren Umfelds der Kaserne stattfinden.

Über den Ort herrscht noch Rätselraten. Was den Militärs aus Gründen der Symbolträchtigkeit lieb wäre, treibt den Sicherheitsexperten den Schweiß auf die Stirn. Der Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor, wo der Große Zapfenstreich der Bundeswehr anläßlich der Verabschiedung der West-Alliierten stattfand, böte zwar eine eindrucksvolle Kulisse. Der Zugang wäre aber nur mit einem gewaltigen Polizeiaufgebot zu kontrollieren. Auf dem Gendarmenmarkt verabschiedete die Bundeswehr die russische Westgruppe.

Offener Zugang und damit Einbeziehung der Berliner oder Anfälligkeit für Proteste und damit ein möglicher Eklat – vor diese Alternative wird die Bundeswehr vor allem durch die „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär" gestellt. Seit Oktober 1990 begleiten ihre Aktivisten zu jedem Quartalsbeginn die Einberufungen von Rekruten mit Protesten auf den Bahnhöfen. Durch die Blockade der Gleise verzögerten sie zuweilen die Abfahrt der Züge.

„Jeder Versuch, in Berlin eine Vereidigung ohne den Schutz der Kaserne durchzuführen, wird Aktionen von uns nach sich ziehen", kündigt Kampagnen-Chef Christian Herz nun an und sagt vieldeutig: „Das wird ein Spaß." Er befürchtet eine Militarisierung der Gesellschaft: „Mit den Vereidigungen soll auch die Bevölkerung auf die Eingreiftruppen eingeschworen werden."

Abhängig vom Ort und der Zahl der Rekruten will die Kampagne ihre Gegenaktionen planen. Ob vor dem Brandenburger Tor, im Olympiastadion oder auf dem Alexanderplatz – „das geht nicht ohne Protest ab", verspricht Herz.

Die offizielle Berliner Haltung zu dem Politikum fällt vorsichtig aus. „Mit der Entwicklung zu einer normalen Stadt", betont Senatssprecher Michael Butz, sollte es wie in anderen Städten auch öffentliche Vereidigungen geben. Daher würde der Senat „ein öffentliches Gelöbnis durchaus begrüßen". Nur: „Die Bundeswehr müßte mit einem Vorschlag an uns herantreten."

ÜBER ABGESTÜRZTE DEBATTEN

Ich wollte mich an einer Kritik am antinationalem/antideutschem Politikansatz versuchen; vielleicht lassen sich da doch noch ein paar "grundsätzlich neue Aspekte" herauskitzeln. Ich weiß allerdings nicht genau, ob eine Debatte noch sinnvoll ist: Erstens haben die VertreterInnen dieses Ansatzes anscheinend Sachen über Bord geschmissen, auf die ich nicht verzichten will; zweitens klagen sie zwar eine Auseinandersetzung ein, nehmen aber Gegenstandpunkte nur sehr eingeschränkt wahr. Es mag zwar die Debatte zusätzlich würzen, sich selbst in erster Linie in Abgrenzung zu anderen Linken zu begreifen, aber sich als Märtyrer im fiesen Scenesumpf hochzustilisieren, finde ich albern und langweilig; dazu später.
Ein anderes Problem: Die VertreterInnen dieses Ansatzes kommen aus recht verschiedenen Zusammenhängen; daher weiß ich nicht, ob die Textstellen, die ich im Folgenden heranziehe, Eizelpositionen oder bei ihnen Konsens sind.

Zunächstmal wollte ich eine Unklarheit ansprechen: In den Papieren dieses Ansatzes wird Wert darauf gelegt, sich als antinational und antideutsch zu bezeichnen. Antinational ist von der Bedeutung her wohl klar, antideutsch hingegen finde ich unausgegoren. Ich gehe mal davon aus, daß "deutsch" bzw. "antideutsch" nicht als ethnische Kategorie (à la "die Deutschen") gebraucht wird. Nach vorne weisende emanzipatorische Ansätze in ethnischen Kategorien zu diskutieren, fände ich blödsinnig und gefährlich. Bleibt also die Frage, auf was sich dieses "antideutsch" bezieht. In den Texten steht was von "herrschendem deutschem Konsens", "deutscher Ideologie", "deutschem Frieden" und Ähnliches. Das ist mir zu schwammig und führt für mich dazu, bestehende Unterschiede an historischer und aktueller Verantwortung zu verwischen. Es abstrahiert von den jeweiligen Personen in ihrer gesellschaftlichen Situation und rekonstruiert die Volksgemeinschaft.
Diese alle Bereiche des Lebens durchdringende Volksgemeinschaft war gleichzeitig Projekt und Propaganda der Nazis, um bestehende Widersprüche und (den nur noch vereinzelten) Widerstand einzuebnen. Genau an solchen Widersprüchen, Verweigerungen und an Widerstandshandlungen muß ich als Linker ansetzen, weil es nicht reicht, auf eine Befreiung von außen zu warten, fände ich verantwortungslos.
Wer aktuell die Existenz von "relevanten emanzipatorischen Kämpfen" bestreitet bzw. Auseinandersetzungen pauschal abtut als Reformvarianten zur Sicherung Deutschlands, hat sich schon selbst entwaffnet. Abgesehen davon müßte mir mal erklärt werden, wieso antipatriarchale Kämpfe, antirassistische Initiativen oder antfaschistische Ansätze (in denen emanzipatorisches Potential gesucht werden muß, wenn sie nicht als reine Abwehrkämpfe begriffen werden) im Rahmen der herrschenden Ideologie stehende Reformvarianten sein sollen.
Ich will hier nun gar nicht den Stand der Kämpfe hochjubeln; ich gehe aber (vielleicht im Gegensatz zu VertreterInnen des antinationalem Ansatzes) von einem emanzipatorischen Potential in Teilen der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung aus. Ohne solch ein Potential wäre jedes Streben nach politischer und sozialer Veränderung gegenstandslos.
Und wer sich mit der "Masse als weitgehend nivellierte deutsche Bevölkerung" einerseits und andererseits mit einem (konstruiertem) Scenemainstream konfrontiert sieht, muß und will anscheinend auch "allein bleiben, ohne diesen Zustand zu idealisieren". Na dann viel Spaß; auf welcher gesellschaftlichen Grundlage soll da eigentlich eine nationale Formierung Deutschlands bekämpft werden?

Was ich dazu selber denke?
Zunächstmal weigere ich mich, an Hand von Kategorien wie "Masse" (finde ich eine ganz dubiose Sichtweise von Personen oder Gruppen oder Strömungen) irgendwelche Strategien zu entwickeln, sei es in Abgrenzung zur "Masse", sei es in Bezugnahme auf sie.

Die Notwendigkeit, eine Nationalisierung der deutschen Politik anzugreifen, sehe ich auch, auf praktischer wie auf ideologischer Ebene.
Das geht für mich aber nur durch die Verknüpfung mit anderen Inhalten (in aller Kürze und grob gesagt antipatriarchaler, antikapitalistischer und antirassistischer Kritik und Praxis). Und dadurch, antinationale Inhalte, wo es denn angebracht ist, in andere Initiativen hineinzutragen (steht so ähnlich auch im mea-culpa-Papier). Das ist allerdings nicht möglich, wenn gesagt wird, esgäbe eh keine relevanten Kämpfe und das eigene antideutsche Ding zum zentralem Widerspruch gemacht wird. Für mich gehts da eher darum, herauszufinden, was die jeweiligen Gesprächspartner im Kopf haben und nicht ihnen einen ach so tollen Diskussionsstand vor den Kopf zu knallen, an dem sie sich dann orientieren und abarbeiten können. Und weil es mich an diesem Punkt völlig nervt, gehe ich mal zur direkten Anrede über.
Ihr VertreterInnen antinationaler Positionen fühlt euch ausgegrenzt, mit einem selbstverliebten Scenemainstream konfrontiert, überall nur Diffamierungen und Ressentiments; weil ihr unbequeme Fragen stellt. Und dazu seht ihr euch gezwungen, auf "indiskutable"(habt ihr es überhaupt diskutiert) Papiere, in dem Fall das mea-culpa-Papier, zu antworten. Ist euch noch nicht der Gedanke gekommen, daß ihr die Debatte, die ihr einfordert, durch euer Debattierverhalten und oberlehrerhaftes Abqualifizieren von Gegenpositionen blockiert?
Ihr meint, eine "linke Scene, die zu dieser Auseinandersetzung (politisch und inhaltlich) nicht willens" ist, bekämpfen zu müssen? Na dann kämpft mal, konstruiert euch euren Feind, belehrt ihn, zerreißt ihn in der Luft.
Ich finde es maßlos arrogant, Leuten den antifaschistischen Anspruch abzusprechen, weil sie auf euch nicht in gewünschter Form eingehen. Ihr habt nicht die Definitionsmacht, zu befinden, wer sich antifaschistisch nennen darf; auch wenn ihr das gerne so hättet. Solch ein Debattierverhalten ist für mich schon ein Beleg dafür, daß ihr die Linke in Gut und Böse einteilen wollt, um euch dann an die Spitze der Bewegung zu setzen (stand ebenfalls so im mea-culpa-Papier, was ihr zum Anlaß nahmt, Verfolgungswahn zu konstatieren).
Polarisierungsstrategie oder Realitätsverlust oder beides?
Ihr seid sehr schnell damit, eure Kontrahenten in diese oder jene Richtung einzuordnen, ohne sie überhaupt zu kennen. Wenn das euer Verhältnis ist, kann ich mir die Debatte sparen. Ein "grundsätzlich neuer Aspekt" wäre es, wenn ihr von eurem hohen Roß runterkämt. In diesem Zusammenhang noch eine Frage:
Ihr habt euch frühzeitig in die Startlöcher für eine bundesweite Aktion am 8. Mai gesetzt, was an sich kein Problem sein muß. Ihr habt anscheinend auch schon ziemlich klar, daß es dabei um eine Demonstration gehen soll. Gedenkt ihr, diese Aktion im Alleingang zu gestalten oder wollt ihr auch Zusammenhänge mobilisieren, die sich nicht explizit als antinational/antideutsch verstehen? Wie gedenkt ihr auf diese zuzugehen, oder wäre es eher deren Aufgabe, sich bei euch einzureihen?

so long, Eskimo

ENDLICH EINE NEUE SPALTUNG

und wieder nicht die richtige für mich ...

Auf den nächsten Seiten will ich versuchen, meine Kritik am AK Kassiber Berlin zu formulieren. Tut mir leid, wenn es ein ziemlich langer Text wird, doch meine Kritik betrifft einerseits inhaltliche Punkte, andererseits das Wie des öffentlichen Auftretens (Flugblätter, Artikel, Veranstaltungen etc.), und mit ein paar Worten läßt sich das nicht schreiben. Ich will auch versuchen, diese beiden Bereiche so weit wie möglich getrennt zu behandeln, um (hoffentlich) einigermaßen übersichtlich zu bleiben.

Am bedauerlichsten finde ich, daß Ihr Euch von der restlichen Linken ausdrücklich abgrenzt und den Anspruch habt, als einzige gewisse entscheidende Sachen verstanden zu haben (und also die einzig wahre Lehre zu vertreten). Ich weiß: Diesen Vorwurf habt Ihr schon oft zu hören bekommen und ebensooft empört zurückgewiesen. Dennoch glaube ich, daß er sich anhand Eurer Veröffentlichungen sehr gut belegen läßt.
In Eurem gesamten Argumentationsverhalten vermisse ich den Willen zu einer konstruktiven Diskussion, in der die eigene Meinung auch zur Disposition steht, wo gegensätzliche Argumente abgewogen und eventuell als besser anerkannt werden. Ich finde es wirklich schade, daß Ihr Euch nicht als Teil einer Bewegung seht, in der Auseinandersetzungen geführt werden, um gemeinsam weiterzukommen und wechselseitig voneinander zu lernen.

Aber wie komme ich dazu?

"Es gibt eine parlamentarisch/außerparlamentarische Opposition, welche jene [herrschende] Politik mit 'konstruktiver', den nationalen Konsens respektierender Arbeit zu beeinflussen sucht. Und es gibt eine neue antinationale Strömung in der Linken, die teils inhaltlich, teils bereichsbezogen agiert ..." (1, S.1).
"...daß wir eine Diskussion angezettelt haben, die nicht gewünscht wird." (5, S.4)
"Für uns ist es allerdings keine Alternative, in diesem Sumpf zu bleiben, in dem jede Kritik wie eine Ruhestörung verstanden wird." (5, S.4)
"Wir stellen diese Gretchenfrage [des Antideutschseins], um vorher zu klären, mit wem gemeinsame Aktionen gemacht werden und mit wem nicht."(6)

Eure Äußerungen sprechen doch eine recht deutliche Sprache, und da diese Einstellung auch im Folgenden noch sichtbar wird, will ich hier nicht weiter darauf eingehen.
Besonders bemerkt sei lediglich, daß häufig, so im zweiten und dritten Zitat, der Knackpunkt in dem liegt, was <u>nicht</u> dasteht. Die eigentlich übermittelte Botschaft lautet doch:"... daß wir eine Diskussion angezettelt haben, die [von Euch, dem Rest der Linken, denen mit dem Massenansatz] nicht gewünscht wird" bzw. "Für uns ist es allerdings keine Alternative, [wie Ihr] in diesem Sumpf zu bleiben ...".

Oft geht Eure Konstruktion wir-gegen-den-Rest (oder wahlweise auch umgekehrt) einher mit Diffamierungen gegen Linksradikale mit von Euren Ansichten (teilweise) abweichenden Politikansätzen. Zu dem ersten Zitat von oben ("Es gibt ..."), in dem kurzerhand alle Linken, die nicht 'Eurer Strömung' angehören, zu Nationalist/inn/en erklärt werden, noch einige Beispiele:
"Unsere Veranstaltung soll auch ein Versuch sein gegen die Debattenunfähigkeit gerade der sich auf einen Massenansatz beziehenden Linken." (3)
"... wichtig ist jedoch, daß viele Linke nicht bereit sind, diese revanchistischen Vorhaben [der Nationalfeierlichkeiten in Dresden etc.] anzugreifen, weil sie selbst - um eben noch einen Bezug zur hiesigen Bevölkerung herstellen zu können - die Revision der Geschichte mittragen ..." (5, S.3).
Da ich mich teilweise auch auf emanzipatorische soziale Kämpfe und Bewegungen beziehe, muß ich mich angesprochen fühlen - und ich bin sehr wohl bereit, diesen Revanchismus anzugreifen! Genauso wie ich für mich in Anspruch nehme, antinationalistisch und debattenfähig zu sein.

An dieser Stelle möchte ich dem inhaltlich orientierten Teil etwas vorgreifen: Ihr hantiert notwendigerweise sehr oft mit dem Begriff 'Linke', habt bisher jedoch noch nicht umschrieben, wen Ihr damit meint. Da Ihr Vorwürfe erhebt wie z.B.:"... so wird schon ein nicht gemachter Hitlergruß zum Widerstand" (5, S.3), könnt Ihr eigentlich nur eine weite Vorstellung von 'links' haben, die SPD, PDS usw. mit einbezieht. Das schließe ich auch aus Eurem Nachdenken über Bündnisse, die Ihr in Bezug auf den 8. Mai und Dresden allerdings (selbst mit Überlebenden der faschistischen Verfolgung) ablehnt, "weil es uns mit diesen Aktionen in erster Linie um Inhalte geht" (5, S.2).
Im Widerspruch dazu steht, daß Eure Stellungnahmen und Veranstaltungen meist nur eingeschränkten links<u>radikalen</u> Kreisen zugänglich sind, und es entsteht das unangenehme Gefühl, daß Ihr links sagt und linksradikal meint, diese Vorwürfe also eben nicht (nur) an die reformistischen und pseudolinken Gruppierungen gehen. Das Ergebnis ist wiederum Abgrenzung, denn selbstverständlich wollt Ihr mit Leuten, die "der deutschen Bevölkerung eine Art Unbeteiligtsein" (5, S.3) zusprechen, nicht in einen Topf geworfen werden. Das Problem ist nur - das will ich auch nicht.

Doch zurück zur Form. Neben der Avantgarde-Konstruktion gibt es für mich einen zweiten zentralen Kritikpunkt - Ihr benutzt eine Sprache, die zur Durchsetzung Eurer Ansichten Druck aufbauen soll, die auf Dominanz zielt, und Ihr praktiziert statt Diskussion lediglich Konfrontation.

Ersteres dokumentiert sich besonders gut an den beiden "Kein Frieden mit Deutschland"-Papieren (1, 3). In den Texten stellen Formulierungen wie 'unsere Meinung', 'wir' usw. die absolute Ausnahme dar. Statt dessen verwendet Ihr die unpersönliche, 'objektive' Form: "Es ist damit zu rechnen ...", "sich (...) in Erinnerung zu rufen ist (...) unverzichtbar", "zu befürchten ist ...", "es soll (...) erstellt werden." Vor allem wird jede Menge beschlossen, bekräftigt, verabschiedet usw. usf. Ihr geht davon eigentlich nur an einer Stelle ab, an der Ihr fünfmal hintereinander, fettgedruckt und mit Absätzen, Eure Meinungen und Ziele in gleichem sprachlichem Aufbau Leser und Leserin regelrecht an den Kopf knallt (1, S.2).

Nun sind das sicherlich weit verbreitete rhetorische Mittel, die wir alle in der Schule, an den Unis als einfache Möglichkeiten der Aufwertung eigener Ansichten kennengelernt haben: Sie verleihen dem Geschriebenen zusätzlich Nachdruck, einmal durch vorgebliche Objektivität, das andere Mal durch Dramatisierung.

Allerdings sollte zur linksradikalen Gesellschaftskritik auch die Kritik an der herrschenden Sprache gehören; wenn wir Gesprächspartner/innen als gleichberechtigt anerkennen, sollten wir solcherlei Methoden nicht benutzen. Auch das ist Unterdrückung bzw. der Versuch davon. Für mich deutet das immer darauf hin, daß die Schwächen der eigenen Ansichten durchaus gesehen, aber nicht eingestanden werden.

Eure konfrontierende Einstellung kann mensch zusätzlich zum schon Genannten deutlich an den Reaktionen auf kritische Meinungsäußerungen erkennen, an der Antwort auf "mea culpa" (4) im Referat "Tragen wir den deutschen Konsens oder nicht ..." (5) und an Euerm Diskussionsverhalten auf der Veranstaltung im X-B-Liebig in Friedrichshain (6).

Im Verlaufe jenes Abends stellte es sich bald heraus, daß es wohl etliche Leute gibt, die mit Euren Überzeugungen nicht unbedingt einverstanden sind. Statt jedoch eine (selbst)kritische Diskussion einzugehen, wurdet Ihr aggressiv und kontertet so auf dreiviertel der Einwürfe mit der Bemerkung, wir sollten endlich einsehen, daß die deutsche Nationenbildung auf völkischen Grundlagen beruhe und daraus Konsequenzen ziehen (womit Ihr wohl Eure gemeint haben dürftet). Ihr wart scheinbar die einzigen, denen entgangen war, daß nicht eine einzige Person mit der geringsten Bemerkung diese völkische Tradition angezweifelt hat ...

Das "mea culpa"-Papier hat auch in meinen Augen deutliche Schwächen, so die Verächtlichmachung der BAHAMAS-Mitarbeiter/innen, die Trennung von Realität und Ideologie oder die Ansicht, durch eine Stalinismusaufarbeitung geriete 'die Linke' in das Fahrwasser des Antikommunismus. Ebenso sehe ich im Moment in der BRD keine relevanten emanzipatorischen sozialen Bewegungen. Doch statt auf die ebenfalls vorhandene berechtigte Kritik einzugehen, pickt Ihr Euch ausschließlich eben diese Schwachpunkte heraus, um mit nur noch schwer zu ertragender Arroganz ("Indiskutabel, aber passend ...", 5, S.4) die mea culpas in der Luft zu zerreißen. Ein Beispiel dazu soll genügen: Aus dem Titel "mea culpa" - "ich bekenne mich schuldig" macht Ihr postwendend deutsches Opferdenken, eine andere Bedeutung oder wenigstens Mißverständlichkeit hat bei Euch keinen Platz. Ich bin beim Lesen <u>nicht</u> auf diese Interpretation gekommen, und ich finde sie immernoch lächerlich, handelt es sich doch um das 'Schuld'bekenntnis, ebenfalls durch eine deutschtümelnde Gesellschaft sozialisiert worden zu sein und solche Denkmuster bei sich selbst zumindest zu vermuten. <u>Das</u> ist der 'Sündenpfuhl' der deutschen Linken, und in ihm befindet auch Ihr Euch, ob Ihr es nun wahr haben wollt oder nicht.

"Der 'normale Antisemitismus' (...) der bürgerlichen Gesellschaft ist in dieser Gesellschaft weiterhin virulent, wer sich für frei davon hält, ist meist nur zu bequem, bei sich selbst zu suchen, was er bei anderen vermutet." (Ingrid Strobl, 7, S.108f.)

Für Euch - und damit wäre ich beim eher inhaltlich orientierten Teil angekommen - schließt Ihr diese Sozialisation offenbar aus, obwohl auch Ihr innerhalb dieser deutschen Gesellschaft aufgewachsen seid und erzogen wurdet. Doch auch hier widerlegt Ihr Euch selbst: "Die neuen 'Konservativen' suchen das Wesen des Politischen in einer barbarischen Freund-Feind-Ideologie." (2, S.12) Die 'Barbaren', das sind die Rohen, die Ungehobelten, die Unzivilisierten und Unterentwickelten; dieser Rassismus der 'abendländischen Kulturen' zieht sich schon (mindestens) Jahrhunderte durch die europäische Geschichte - und auch Ihr habt ihn noch in Euren Köpfen.

Hier möchte ich nun noch einmal auf "mea culpa" zurückkommen: "Der Rückzug der Linken aus den bestehenden sozialen Auseinandersetzungen in der BRD (...) dürfte daher nicht unwesentlich die Neue Rechte in ihrem strategischen Ziel unterstützen, zu einer Hegemonie in der Gesellschaft zu gelangen." (4, S.3) Diese Feststellung ist zweifellos richtig, würde dieser Rückzug doch bedeuten, Politikfelder, auf denen Linke den reaktionären Kräften heute noch Widerstand entgegensetzen, diesen zu überlassen. In meinen Augen geht dieser Vorwurf auch berechtigterweise an Euch, wäre der Rückzug aus den sozialen Bewegungen doch die logische Konsequenz Eurer Analysen: "Klassenkämpfe in Deutschland haben immer auch eine Komponente völkischer Nationenbildung [,da sie auf die Stärkung des 'Standortes Deutschland' zielen]." (6 und 5, S.4)

Die völlig unnötige Polemisierung, die oben genannte Ansicht sei denunzierend und ausgrenzend (siehe 5, S.4) bekommt einen doppelt faden Beigeschmack, wenn Ihr die mea culpas auf eine Stufe stellt mit Faschisten: "Und auch für die, für die die Tatsache, daß Auschwitz ein deutsches Vernichtungslager war, zu moralisch ist, kann nicht unbemerkt bleiben, daß gerade in diesem Punkt sie häufig übereinstimmen mit den Rechten von Kohl bis zur Jungen Freiheit (...) In diesem Zusammenhang möchten wir etwas sagen zu dem 'mea culpa'-Papier ..." (5, S.3). Obwohl die mea culpas diese Auffassung nicht vertreten, schiebt Ihr sie ihnen durch die geschickte sprachliche Verknüpfung in die Schuhe. Was sollen solcherlei Vergleiche bringen? Sie sind nur unsolidarisch und destruktiv, weiter nichts.

Außerdem konstruiert auch Ihr gerade jene völkische Nation, die Ihr bekämpfen wollt. Unter Mißachtung der zahllosen Widersprüche in der Gesellschaft zieht sie sich durch fast alle Eure Texte: "... macht Deutschland sein 'Recht auf Erinnerung' geltend" (1, S.1), "Die Öffnung der DDR-Grenze steht für die Deutschen für das Ende ihrer 'Bestrafung' ..." (2, S.8). Obwohl Ihr an anderer Stelle differenzierter formuliert, können diese Ausdrücke nicht mehr als Lapsus abgetan werden, dazu finden sie sich zu oft.

Neben dieser Vereinheitlichung aller Deutschen tauchen viele Ansichten in Euren Abhandlungen auf, die meines Erachtens sowohl die Geschichte als auch die Gegenwart verkürzt und schematisiert wiedergeben. Zum Beispiel unterscheidet Ihr die Alliierten nicht in Westalliierte, Rote Armee und Partisan/inn/en- und Befreiungsbewegungen, was wohl unbedingt notwendig ist. Auch vernachlässigt Ihr den Völkermord an Roma und Sinti bzw. den Vernichtungsfeldzug der faschistischen deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten gegen die Völker der Sowjetunion. Völlig unverständlich ist mir die Eigenbeschränkung, es stehe uns nicht zu, "die zu kritisieren, die schließlich den Nationalsozialismus besiegt haben." (5, S.2) Damit verbietet Ihr Euch die Auseinandersetzung mit bestimmten Fragen der

Weltgeschichte - eine Begrenzung in Selbständigkeit und Emanzipationsmöglichkeiten, die ich keinesfalls mitgehe und sowieso für nicht machbar halte, denn spätestens die Atombombenabwürfe der USA auf Japan erzwingen diese Auseinandersetzung.

Einige Sachen sind für mich auch einfach nicht nachvollziehbar. Zwei Beispiele dazu sollen genügen: Ihr bekennt Euch zur Politik der Westalliierten (einschließlich der Flächenbombardements von Wohnvierteln etc.), distanziert Euch aber von ihren Zielen mit Ausnahme der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands (5, S.2 und 3). Und Ihr kritisiert die nationalen Befreiungsbewegungen der Gegenwart, nicht jedoch die der Anti-Hitler-Koalition.

Und damit will ich dann auch zum Schluß kommen. Insgesamt hoffe ich, es ist deutlich geworden, daß ich nicht einfach bloß an Euch herummeckern wollte nach dem Motto 'Ihr habt unrecht, ich hab recht'. Zumal ich Euch in bestimmten Punkten durchaus zustimme - so in der Ansicht, daß am 8. Mai oder 9. November nicht über Verbrechen der Alliierten diskutiert werden sollte (6). Es ging mir darum, die Diskussion wieder auf ein solidarisches Niveau zu bringen und Euch klarzumachen, daß Eure Texte durchaus sachliche und menschliche Schwächen haben. Vor allem aber solltet Ihr aufhören, Euch in einer Gegner/innen/schaft zur restlichen Linksradikalen zu sehen, denn

NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK!

In diesem Sinne, ein Bewegter.

Der INTERIM-Redaktion möchte ich noch sagen, daß mich Eure Weigerung, weitere Antideutsche Texte zu drucken (8), wahrlich entsetzt. Wollt Ihr allein darüber entscheiden, ob sie relevant sind oder nicht? Wenn es sich bisher um eine sehr einseitige 'Auseinandersetzung' handelt, dann liegt das daran, daß sich diejenigen, die in den Antideutschen Texten angegriffen werden bzw. jene, die anderer Meinung sind, nicht zu Wort melden. Für wen das ein Armutszeugnis ist, liegt wohl auf der Hand. Ich finde es völlig falsch, daß Ihr die Zugriffsmöglichkeit, die Ihr aufgrund eines wirklich bewundernswerten Dauerengagements im Zeitungmachen habt, zu solcher Zensur mißbraucht.

Zum Schluß noch ein paar Worte an Karl Nele (9):

Dein Artikel ist derart polemisch und überheblich, daß ich überhaupt keine Lust habe, irgendwie auf den Inhalt einzugehen. Du schreibst an den mea culpas größtenteils vorbei, und zum Ausgleich beschimpfst Du sie noch ein bißchen. Das alles in einem Stil, bei dem mir das Grausen kommt. Kurz und schlecht - ich finde Dein Pamphlet einfach widerlich; auf solche Beiträge kann ich gut verzichten.

Nachtrag - Nachtrag - Nachtrag

Da dieser Text schon vor Erscheinen der INTERIM 315 praktisch fertig war, konnte ich die dortige Stellungnahme von AKK nicht mehr mit einbeziehen. Hätte ich sie gekannt, wäre ich sicherlich nicht so freundlich gewesen. Die angekündigte Druckverweigerung der INTERIM halte ich auch für ein erschreckendes Zeichen politischer Intoleranz unter Linksradikalen (siehe oben). Glücklicherweise wurde diese Entscheidung durch den Abdruck von "Tragen wir den deutschen Konsens oder nicht ..." wieder zurückgenommen. Doch Eure Reaktion, verehrte AKKs, ist ein Schwall geifernder elitärer Arroganz, bei dem mir dann doch erhebliche Zweifel an Eurem linksradikalen Bewußtsein kommen: "Ausgrenzungsbeschlüsse der Interim dürften in aller Regel als wegweisend für den Scene-Mainstream gelten - sei es, daß die Interim Scene-Ausgrenzungen lediglich nachvollzieht, sei es, daß die Interim der Scene unbequeme grundsätzliche Auseinandersetzungen (in vorauseilendem Gehorsam) gleich vom Leibe halten will." (10)

Wie kann ich mir nur klarmachen, daß ich - wenn ich ehrlich bin - bloß INTERIM lese, um im unerschütterlichen Vertrauen in mein ZK die neuesten Weisheiten entgegenzunehmen? Wann werde ich endlich begreifen, daß ich einzig und allein den Wunsch habe, mich vor grundsätzlichen Auseinandersetzungen schützen zu lassen?

Wenn Euch beim Lesen Eures 'Papieres' nicht selbst schlecht wird, frage ich mich allerdings, wer mit Euch noch diskutieren soll. Unsere dünnen Stimmchen würden vermutlich sowieso nicht bis in die luftigen Höhen Eures Thrones klingen. Im Übrigen paßt dieser Artikel hervorragend in das Bild Eurer bisherigen Publikationen.

---

(1) 17°, AKK Berlin, bahamas, Antinationale Gruppe Freiburg: Kein Frieden mit Deutschland - gegen die Kollaboration mit der Nation!, Interim 309
(2) AKK Berlin, Antinationales Plenum Hamburg: Die Reichspogromnacht, die Shoa und die Kontinuiät des Antisemitismus in Deutschland, Interim 310 und 312
(3) AKK Berlin: Kein Frieden mit Deutschland - die Fortsetzung, Interim 313
(4) mea culpa, Interim 312
(5) AKK Berlin: Tragen wir den deutschen Konsens oder nicht ..., 22.12.94 X-B-Liebig und Interim 315
(6) Aussagen von AKK am 22.12.94 im X-B-Liebig, denen nicht von Leuten aus der Gruppe widersprochen wurde
(7) Ingrid Strobl: Das unbegriffene Erbe. Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken, in: Feld des Vergessens, Edition ID-Archiv, Berlin, Amsterdam 1994
(8) Vorwort Interim 314
(9) Karl Nele: Für einen antideutschen 8. Mai 1995, Interim 314
(10) AKK: Zum Ausgrenzungsbeschluß der Interim gegen antinationale/ antideutsche Positionen, Interim 315



Der Ermittlungsausschuss Bremen informiert: Bescheid zur Anhörung wegen der Teilnahme an einer verbotenen Versammlung am 3. 10. 94 in Bremen

Liebe Leute, so ab Ende Dezember 94 trudeln langsam die ersten Bescheide zur Anhörung wegen der Teilnahme an einer verbotenen Versammlung am 3. 10. 94 in Bremen ein. Um möglichen Irrungen und Wirrungen vorzubeugen, halten wir es für wichtig, euch ein paar Informationen und Tips zu geben.
Also, da wäre als erstes etwas zum Bescheid.
Grundsätzlich solltet ihr genau lesen, was auf dem Bescheid steht, da hiervon eure Rechte und Pflichten abhängen. Als ZeugIn oder BeschuldigteR muß einer POLIZEILICHEN VORLADUNG nicht nachgekommen werden. Die Ladung zur StaatsanwältIn oder RichterIn ist zwingend. Das Recht, eine AnwältIn mitzubringen, habt ihr immer!
Als BESCHULDIGTER habt ihr das Recht die Aussage zu verweigern. VERPFLICHTEND SIND NUR ANGABEN ZUR PERSON, SONST NIX!!!
KEINE WEITEREN AUSSAGEN, denn die können später gegen euch verwendet werden:

- häufig benutzt die Polizei Aussagen, um Vorwürfe erst dann zu konstruieren
- es wird versucht, euch einzuschüchtern. Durch eine Aussage kann euch eine Straftat im nachhinein angehängt werden oder andere belastet werden
- Aussagen können gegeneinander ausgespielt werden
- ihr glaubt, durch eure Aussage ein geringeres Strafmaß zu erhalten. Das ist ein Trugschluß.
- auch eure Eltern sollten die Aussage verweigern. Es ist ihr Recht und die Polizei kriegt weniger Informationen für eventuelle Akten.

Die TEILNAHME AN EINER VERBOTENEN VERSAMMLUNG ist eine ORDNUNGSWIDRIGKEIT und wird auf jeden Fall nur mit einem BUßGELD geahndet. Den Bußgeldbescheid erhaltet ihr später.
WICHTIG: Gegen den Bußgeldbescheid muß INNERHALB EINER WOCHE EINSPRUCH eingelegt werden. Diese Frist beginnt am Zustelltag. Den Einspruch am besten sofort machen, unterschreiben, Aktenzeichen nicht vergessen und ab damit (per Einschreiben) an das zuständige Amtsgericht. Ist die Frist schon abgelaufen, muß zusätzlich zum Einspruch ein Antrag auf "Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand" gestellt werden. Hier müßt ihr allerdings beweisen, daß es für euch unmöglich war, die Frist einzuhalten(Urlaub, schwere Krankheit etc.) Wichtig hier: dieser Antrag muß innerhalb einer Woche nach Ablauf der Einspruchsfrist geschehen.
Irgendwann gibt es dann eine mündliche Verhandlung und dann ein Verfahren. Es wird in diesem Fall immer nur ein Bußgeld.

SPÄTESTENS NACH DEM EINSPRUCH wird unbedingt eine ANWÄLTIN nötig.Die AnwältIn kann dann mit euch entscheiden, ob der Einspruch sinnvoll ist, ob er zurückgezogen wird, oder ob es besser ist bei vielen gleichartigen Vorwürfen exemplarisch ein VERFAHREN durchzuziehen. Der Einspruch kann bis einen Tag vor Verhandlungsbeginn zurückgezogen werden, ohne daß euch Nachteile entstehen.

Nochmals: die Aussageverweigerung ist euer Recht und es kann euch nix passieren. Wenn ihr unsicher seid, haltet lieber Rücksprache mit uns oder einer AnwältIn!

Unsere Adresse:
Ermittlungsausschuss Bremen
St.Paulistr. 10/12
28203 Bremen

Wir brauchen weiterhin dringend Kohle für die laufende Arbeit und eventuelle Verfahren. Und auch Solidarität von Leuten, die am 3. 10 nicht im Knast waren!
Spendenkonto: Sparkasse Bremen BLZ 29050101 Stichwort Ermittlungsausschuss
Kontonummer: 1614874

Liebe Grüße
EA Bremen





TAGUNG: UNIS GEGEN RECHTS

Daß die Hochschule ein "gesellschaftlicher Ort" sei, ist eine gängige Aussage. Dies auch ernst zu nehmen, heißt zweierlei: Zum einen, es nicht als skandalöse Ausnahme, sondern als sich herstellende "Normalität" zu betrachten, wenn sich im Zuge einer drastischen Verfestigung rassistischer und nationalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse auch in der Hochschule, deren gerade "modernisierte" Strukturen ohnehin elitäre Formen annehmen, "Rechtes" verstärkt formiert, etabliert und artikuliert; sei es als Auftreten rechter Kampftruppen, Burschenschaften, rassistischer Profs, sei es als rassistische Deutungsmuster in wissenschaftlicher Theorieproduktion.
Zum anderen heißt es aber auch, dies nicht nur als passive Reaktion eines Ortes Hochschule zu begreifen, sondern wahrzunehmen, daß nicht zuletzt in dem "respektablen" Wissenschaftsbetrieb aktiv rassistische Diskurse legitimiert und initiiert werden: zugeschaut und mitgebaut! Diese Bedeutung zeigt sich zum Beispiel dann, wenn ProfessorInnen qua ihrer Position in wirklichkeitsmächtigen Publikationsorganen wie "Zeit", "Spiegel" etc. erklären, daß Diskriminierung normal und kaum abwendbar sei.

Als Reaktion auf (neu-)rechtes Denken und Tun an deutschen Universitäten haben sich zahlreiche studentische Initiativen gegründet, die sich in verschiedensten Formen hiermit auseinandersetzen. Wir, die Frankfurter k.o.-Gruppe, haben zu solchen Gruppen Kontakt aufgenommen und versprechen uns von der Tagung einen vernetzenden Informations- und Erfahrungsaustausch. Davon versprechen wir uns, daß sich die bisher geleistete Kritik, die lokale Phänomene nicht als "Ausrutscher" oder Ausnahmen betrachtet und somit über den jeweils aktuellen Anlaß hinausweist, konkretisieren läßt.
Die jeweiligen Gruppen haben sehr unterschiedliche Phänomene zum Gegenstand ihrer Kritik gemacht. Eine Verständigung über die Motivationen, warum welche rechten Gruppen, Personen, Theorien etc. für "bearbeitungsnotwendig" erachtet wurden und die Kritik hier ansetzte, halten wir für sinnvoll. Interessant erscheint uns eine Auseinandersetzung aber auch deshalb, weil die einzelnen Gruppen, soweit sich dies aus deren Publikationen wie Flugblättern, Readern etc. entnehmen läßt, nicht nur zu verschiedenen Themen und Gegenständen arbeiten, sondern auch sehr unterschiedliche Argumentationsweisen und Strategien verfolgen. Am deutlichsten zeigt sich dies bei Gruppen, die in wissenschaftliche Diskurse intervenieren, bzw. Profs "outen". So stellt sich die Frage, auf welche Kriterien von Wissenschaftlichkeit man/frau sich beruft, wenn rechten Publikationen Pseudowissenschaftlichkeit vorgehalten wird? Ist es stets möglich und/oder ausreichend, rassistische/nationalistische Wissenschaft als "schlechte" oder gar "falsche" zu kritisieren?

Die unterschiedlichen Problembeschreibungen und Kritikkonzeptionen beinhalten unterschiedliche Vorstellungen über den eigenen Standpunkt und die genaue Zielrichtung der Kritik und damit über die jeweilige politische Praxis. Die Diskussion über politische Handlungsmöglichkeiten und Strategien soll für die Tagung zentral sein. Wir hoffen, daß sich daraus Möglichkeiten der Zusammenarbeit über das Wochenende hinaus ergeben.

Unser Konzept sieht vor, daß von Freitagabend bis Sonntagmorgen in drei aufeinanderfolgenden Arbeitsgruppen verschiedene thematische Schwerpunkte bearbeitet werden. Dies eröffnet außer den eingeladenen Gruppen allen interessierten Einzelpersonen die Möglichkeit, an der gesamten Tagung oder auch an einzelnen Arbeitsgruppen teilzunehmen.

Samstag, 18.2.

Alle Arbeitsgruppen finden in den Räumen 107 und 108 des StudentInnenhauses (Ecke Mertonstr./Jügelstr.; Uni-Campus) statt

11.oo Uhr "Tatort Hochschule: Aktion - Kritik - Strategie"
Die einzelnen Gruppen berichten über ihre bisherigen Aktivitäten und Strategien und stellen diese zur Diskussion;

15.oo Uhr "Wissenschaft gegen Rechts" oder "Rechte Wissenschaft?"
Auf welche Kriterien beziehen wir uns in der Kritik von Rechten im Wissenschafts- bzw. Hochschulbetrieb? Welche Konsequenzen hat der jeweilige Wissenschaftsbegriff für die politische Praxis?

18.oo Uhr "Kritik der Politischen Strategie"
Möglichkeiten, Fallstricke und Grenzen des eigenen Handelns und Diskussion über Perspektiven.

Danach: ... Nachtcafé im KOZ (Café im StudentInnenhaus), wo es dann Essen und Trinken gibt.

Sonntag, 19.2.

12.oo Uhr Abschlußplenum

k.o.-Gruppe
c/o AStA Uni Ffm.
Mertonstr. 26-28
60325 Frankfurt/Main

Tel. (privat) 069/709707



Konferenz-Erklärung
WISAP '94 (Women's International Solidarity Affair in the Philippines)

Wir, Frauen verschiedener Rassen, Nationalitäten, Klassen, Kulturen, lesbische und heterosexuelle Frauen, sind bei all unserer Unterschiedlichkeit in Solidarität zusammengekommen, um unsere gemeinsamen Erfahrungen, Kämpfe und unser Sehnen nach einer besseren Welt zusammenzubringen; eine Welt, die nicht mehr auf Ausbeutung basiert, die egalitär ist und in der die Souveränität der Nationen anerkannt wird; in der die Rechte der Frauen und aller unterdrückten Völker garantiert sind und dauernder Frieden und Wohlstand für alle Nationen erreichbar sind.
Wir kommen als Teilnehmerinnen der WISAP-Konferenz zusammen und erkennen, wie wichtig es ist, mehr Einfluß unter den an der Basis arbeitenden Frauen zu gewinnen, die Stärke der Frauen aufzubauen, unsere Siege zu schützen und unsere Kämpfe für die Befreiung der Nationen und Frauen voranzutreiben. Die Hindernisse auf dem Weg zur Befreiung von Frauen und aller unterdrückten Völker sind so komplex, mächtig und ausgeklügelt, daß die Beseitigung die Kraft und Beteiligung aller unterdrückten Klassen, die zur Hälfte aus Frauen bestehen, erfordern wird.
Unsere Erfahrungen haben uns gelehrt, daß im Norden und Süden die "people of color" und die armen Klassen, insbesondere die Frauen, am stärksten unterdrückt und ausgebeutet sind. Diese Ausbeutung hat ihre Wurzeln in den imperialistischen, kapitalistischen, rassistischen, patriarchalen und feudalen Systemen, die vom Staat und seinem Militär aufrechterhalten werden. Ebenso haben diese Systeme konsequent eine gegen Frauen gerichtete Kultur und Strukturen festgeschrieben.
Wir haben gelernt, daß die Komplizenschaft von Regierungen und lokalen Eliten der ausgebeuteten und ausbeutenden Länder den Weg auf Kosten der Frauen und aller unterdrückten Völker frei machen für den imperialistischen Zugriff auf die ökonomischen, sozialen, politischen und militärischen Angelegenheiten armer Länder und Gesellschaften.
Gemeinsam beobachten und leben wir mitten in der Krise des Kapitalismus, welche eine beispiellose Überschwemmung des Weltmarktes mit Waren und Kapital bewirkt, die zu einer extremen Rezession in vielen Ländern des Nordens führt. Durch Auslandsverschuldung, Strukturanpassungsprogramme und die jüngsten GATT-Beschlüsse führt die Krise ebenso zu einer weiteren Verschlechterung der sogenannten unterentwickelten ökonomischen Systeme.
Wir haben die Stimmen unserer Schwestern gehört, die davon berichteteten, wie die von IWF und Weltbank vorgeschriebenen Maßnahmen drastische Kürzungen im Haushaltsbudget für die soziale Sicherheit sowie Massenarbeitslosigkeit und Steuererhöhungen verursacht haben. Weitere Konsequenzen waren großangelegte Vertreibungen von Menschen von ihrem Land, ihrer Behausung, ihrer Arbeit und ihrem Lebensunterhalt, die Zerstörung der Umwelt, die zunehmende Vermarktung von Frauen durch Prostitution und der massive Export von und der Handel mit Frauen. Wir teilten ebenso die Angst vor den Folgen der Gatt-Beschlüsse die die Existenz aller einheimischen Produktionsweisen und den Anbau in Einklang mit der Natur bedrohen.
Die Körper von Frauen sind, in der Absicht, die Bevölkerung in Richtung der vorgegebenen Entwicklung zu lenken, benutzt und mißbraucht worden.
Die imperialistischen Pläne werden den Ländern unter Zwang, Vortäuschung falscher Tatsachen und Repression in einem abgekarteten Spiel mit dem Staat und seinem Apparat aufgezwungen. Maßnahmen zur inneren Sicherheit, repressive Gesetze, Korruption, Bürokratie, private Schlägertrupps und Militarisierung wurden zum Charakteristikum des täglichen Lebens der im Süden lebenden Menschen. Sie bringen verschiedene Formen der Gewalt, einschließlich Mord, Verstümmelungen, Vergewaltigung und das Verschwinden von Frauen hervor. Steigende Einbeziehung und Vereinnahmung von Fraueninitiativen sind dazu benutzt worden, die Bemühungen von Frauen zu verwischen und zu schwächen.
In vielen Teilen der Welt werden religiöser Fundamentalismus, Rassismus und Neofaschismus vom Staat aufrechterhalten und ausgeübt, um Menschen zu bedrohen und zum Schweigen zu bringen.
Imperialistische Länder, angeführt von den USA, haben aktiv Militärbasen und Waffen in fremden Ländern, führen Nukleartests durch, rüsten auf und erhöhen die Militärausgaben für und Waffenangebote an durch Krieg zerrissene Länder. Indem sie genau diese militärische Macht und weltweite Institutionen wie die UN einsetzen, üben sie Druck auf souveräne Länder wie den Irak, Nordkorea und Kuba aus. Durch ökonomische Sanktionen und Blockaden sind sie Kriegstreiber und Aggressor in Ländern wie Haiti und Somalia.
Wütend und empört über die negativen Auswirkungen dieser Entwicklungen, fordern wir die an der Basis arbeitenden Frauen weltweit auf, sich zu organisieren und zu stärken, die traditionellen Grenzen zu überwinden und beständig die Systeme anzugreifen, die uns so lange Zeit unterdrücken und ausbeuten. Wir fordern sie auf, ein soziales System voranzutreiben, das befreiend und stärkend für die Frauen und das ganze Volk ist.



KOMMUNIQUE DER EZLN

Kommuniqué vom 17.12.94
An das mexikanische Volk

1. Der Vorschlag von Zedillo, eine aus Abgeordneten bestehende Vermittlungskommision zu bilden ist ungenügend, da es sich um eine Regierungsinstanz handelt.
2. Diese Kommission ist unzureichend, die EZLN kann sie nicht anerkennen. Die Regierung kann nicht Teil und Vermittler in diesem Konflikt sein, da die EZLN sich gegen die Regierung erhoben hat.
Die PRI ist die Regierung. Die Oppositionsparteien sind nicht neutral, sie sind Opposition. Oder nicht? Die Zivilbevölkerung muß Vermittler sein. Sie war es, die den Waffenstillstand möglich gemacht hat.
3. A) Der EZLN lehnt die von Zedillo vorgeschlagene Abgeordnetenkommision als Vermittler ab.
B) Anerkennung der CONAI (Nationale Vermittlungskommision)als Stellvertreter für die friedlichen Bemühungen der mexikanischen Zivilbevölkerung und als neutrale Instanz in dem Konflikt. Der EZLN ist der Meinung, daß die CONAI eine effektive Vermittlerrolle zwischen dem EZLN und der Regierung ausüben kann.
C) Wir erkennen die sozialen Kräfte, die sich um Cuauhtemoc Cardenas und die Nationale Demokratische Konvention gruppieren, als ehrliche, zivile und demokratische Opposition an.
D) Bedingungen für einen Waffenstillstand:
1. Befriedigende Lösung der Konflikte, die nach den Wahlen in den Staaten Veracruz, Chiapas und Tobasco entstanden sind.
2. Anerkennung der demokratischen Übergangsregierung in Chiapas.
3. Anerkennung der Nationalen Vermittlungskommision durch die Regierung als neutrale Instanz, die eine politische Lösung des Konfliktes ermöglichen kann.

Die EZLN verpflichtet sich, vorläufig die Stellungen der Regierungsarmee nicht anzugreifen.

Kommuniqué vom 19.12.94
An Ernesto Zedillo Ponce de Leon

Nachricht an Herrn Zedillo:
A) Sie haben eine indigene Rebellion im Südosten Mexikos.
B) Benutzen sie nicht die Medien der Kommunikation um zu spalten oder zu entmutigen.
C) Verschwenden sie keine Energie für Diffamierungskampagnen gegen "Marcos".
D) Glauben Sie nicht, daß der Konflikt sich auf 4 Gemeinden beschränkt, das wäre Selbstbetrug

Kommuniqué vom 19.12.94
An das mexikanische Volk, die Völker und Regierungen der Welt und an die nationale und internationale Presse

Es wird bekanntgegeben:
A) Die "Kampagne für Frieden in Würde und Gerechtigkeit für die indigenen Völker" hat ihren Höhepunkt erreicht.

B) Schutz der Zivilbevölkerung durch die zapatistischen Truppen, damit sie frei und demokratisch wählen können.

1. In den Tagen 11., 12., 13. und 14. Dezember haben die zapatistischen Truppen der 75. und 25. Infanteriedivision den Militärgürtel um den lacandonischen Urwald durchbrochen. In 4 Kolonnen, eine von ihnen unter Befehl einer Frau, haben sie die feindlichen Linien umgangen, mit dem Ziel, bewaffnete Zusammenstöße zu vermeiden. Während dieser 4 Tage haben es 1000e KämpferInnen geschafft, die feindlichen Linien zu durchbrechen, geschützt vom Klima, Gelände und Unterstützung der Bevölkerung. Am 14. Dezember waren alle für diesen Einsatz bestimmten Einheiten außerhalb des Militärgürtels, ohne einen Toten und ohne Zusammenstöße mit der Bundesarmee. Nachdem dieser Teil der Aktion abgeschlossen war, bereiteten sich die Truppen auf die nächste Etappe der militärischen Operation vor. In den Tagen 15., 16., 17. und 18. Dezember 94 schwärmten die Truppen in einer Art Blitzaktion aus, als Teil der "Kampagne für Frieden in Würde und Gerechtigkeit", und mit Unterstützung der Bevölkerung bezogen sie Stellung in den folgenden Gemeinden des Staates Chiapas: San

Cristobal de las Casas, Palenque, Ocosingo, Las Margaritas, Altamirano, Huixtan, Comitan de Dominguez, La Independencia, Trinitaria, Chanal, Oxchuc, Teopisca, Villa de las Rosas, Nicolas Ruiz, Socoltenango, Totolapa, Salto de Agua, Tila, Sabanilla, Yajalon, Tumbala, Chilon, Huitiupan, Simojovel, San Andres Larrainzar, El Bosque, Bochul, Chenal'o, 'Pantelh'o, Mitotic, Sitala, San Juan Chamula, Zinacantan, Ixtapa, Cancuc, Jitotl, Amatenango del Valle, Venustiano Carranza.

2. Die Aktion wurde ohne Auseinandersetzungen mit der Armee, unter strikter Einhaltung des Waffenstillstands durchgeführt.

3. Die Zivilbevölkerung dieser Ortschaften begannen neue Vertreter zu bestimmen und ihre Gemeinden als Teil des Rebellenterritoriums auszurufen. Die neuen Rebellengemeinden sind 30 an der Zahl.

4. Die Gesetze, die die Rebellengemeinden einhalten und auf deren Einhaltung sie achten müssen, sind folgende: "Die Verfassung der vereinigten Staaten von Mexiko von 1917", "Die revolutionären zapatistischen Gesetze von 1993" und die lokalen Gemeindegesetze, die von dem Volkswillen bestimmt werden. Das zapatistische Gebiet der rebellischen Gemeinden gegen die "malgobierno" (die schlechte Regierung) erkennt Amado Avendano Figueroa als verfassungsgemäßen Gouverneur des rebellischen Staates Chiapas an. Die zapatistischen Truppen, sowie die Zivilbevölkerung, beginnen ihre Stellungen auszubauen, um einen möglichen Angriff durch die Regierungsarmee abzuwehren. Die Generalkommandantur des EZLN erklärt hiermit den militärischen Teil der "Kampagne für Frieden in Würde und Gerechtigkeit für die indigenen Völker" für beendet und bereitet den nächsten Schritt vor.

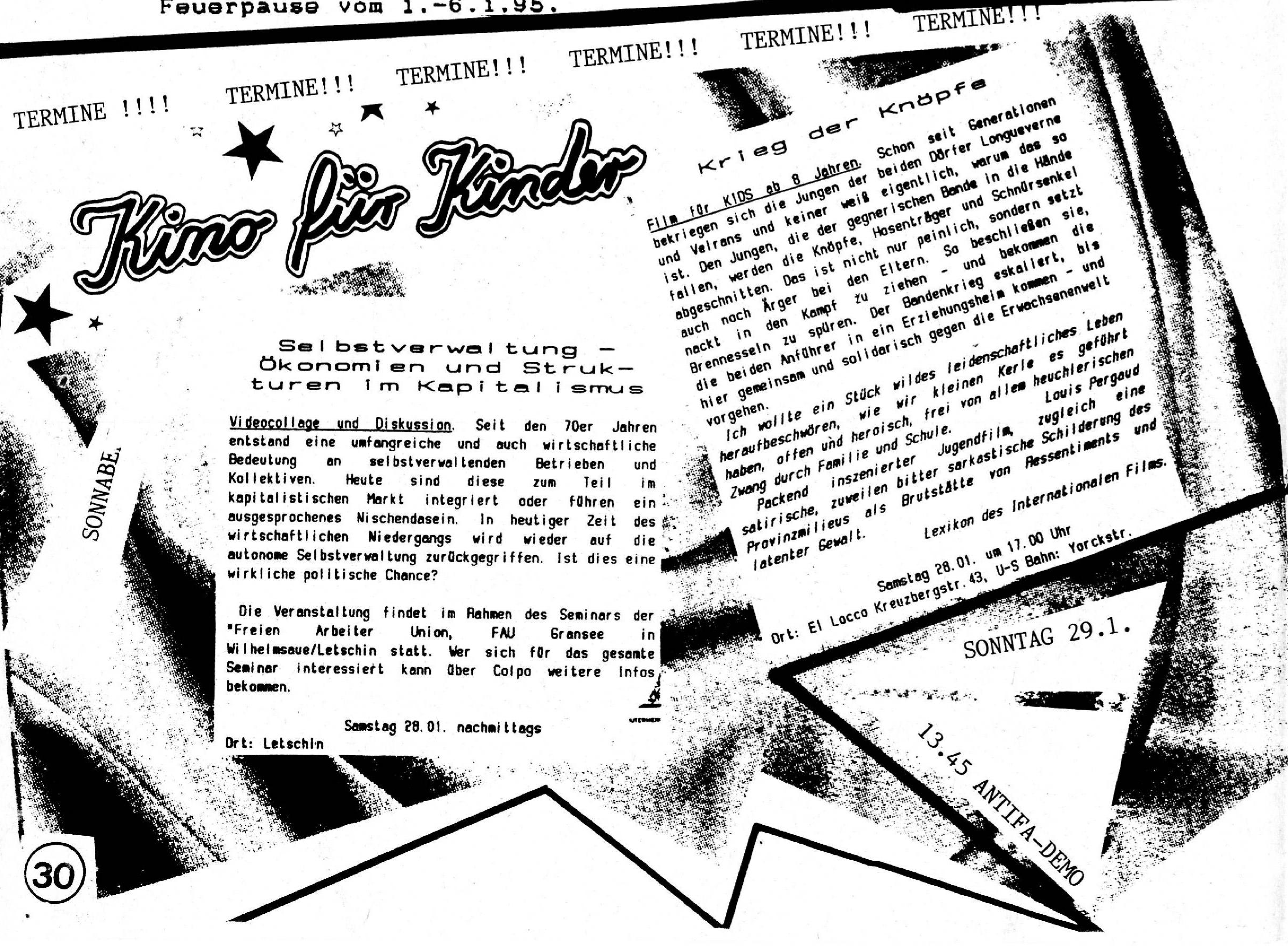
Situation in Chiapas eskaliert, doch der Dialog beginnt

Am 15. Januar trafen sich erstmals seit den gescheiterten Gesprächen vom vergangenen März wieder Vertrter der Regierung und der EZLN. Innenminister Esteban Moctezuma traf auf dem Territorium der EZLN mit drei Repräsentanten der EZLN zusammen, um einen Ausweg aus der gegenwärtigen Gefahr eines erneut ausbrechenden Krieges zu finden. Zuvor hatten die *Zapatistas* den Waffenstillstand nochmals bis zum 18. Januar verlängert. Ergebnisse dieses Treffens wurden nicht bekanntgegeben, doch Folgetreffen sind vorgesehen. Zuvor schon hatte die EZLN nach der Besetzung mehrerer Ortschaften und dem anschließenden Eindringen von Regierungstruppen in das Territorium der *Zapatistas* den Waffenstillstand erst bis zum 6., dann nochmals bis zum 12. Januar verlängert.
Doch trotz des wiederaufgenommenen Dialogs ist der von der PRI eingesetzte Gouverneur Robledo in Chiapas noch immer nicht zurückgetreten. Seine Ernennung, die auf einem massiven Wahlbetrug basiert, hatte erst die Aufhebung des Waffenstillstandes durch die EZLN provoziert. Der massive Polizeieinsatz am 6. Januar gegen eine Kundgebung für die Auszahlung ausstehender Löhne der *Coalición Obrero Campesina Estudiantil del Soconusco* (COCES) in Tapachula, bei der ein sechsjähriges Mädchen ermordet wurde, ist nur ein Beispiel für den Regierungsstil der Regierung Robledo in Chiapas. Nachdem am 10. Januar in 5 Regierungsbezirken Rathäuser von unabhängigen Campesinoorganisationen besetzt wurden, kam es in der Gemeinde Chicomuselo zu 7 Toten, darunter drei Polizisten. Bischof Samuel Ruíz äußerte dazu in einem Interview, dort sei "jetzt eine gewisse Ruhe eingetreten. So weit ich weiß, wird dort mit Verhandlungen begonnen, die dieses spezielle Feld betreffen." Immerhin seien allerdings die *ganaderos*, Viehzüchter, die private Todesschwadronen befehligen, bei zwei der Besetzungen zusammen mit der Polizei aufgetaucht. Trotzdem könne nicht von einer Koordination der *ganaderos* mit den Sicherheitskräften gesprochen werden.
Da in Chiapas zum selben Zeitpunkt und am selben Ort zwei Regierungen gebildet wurde, besteht das Problem der *Übergangsregierung im Aufstand*, die von Amado Avendano repräsentiert wird, darin, anerkannt zu werden. Samuel Ruíz sagte dazu: "Ihr Programm besteht in der Ausarbeitung einer Verfassung, damit in Chiapas eine neue Verfassung verabschiedet werden kann. Dies wird ein wichtiger Impuls sein, um die mexikanische Verfassung zu ändern. Denn die Dinge, die sich hier in Chiapas ändern müssen, werden über Chiapas hinaus wichtig sein. Beispielsweise die Anerkennung der Ethnien als konstituierender Bestandteil der nationalen Realität und nicht als marginale Gruppen, die man respektieren muß. Bis jetzt werden sie als eigene Kulturen anerkannt, die respektiert werden müssen. Das, was erreicht werden muß, ist, daß es nicht eine mehrheitliche Gruppe gibt, die die Ethnien mit ihrer Kultur und ihren Werten respektiert, sondern daß Mexiko pluriethnisch ist. Die Ethnien müssen als gleichberechtigter Bestandteil unseres Landes anerkannt werden."
Dieser pluriethnische Charakter Mexikos als Bestandteil einer neuen Verfassung stellt die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung in Frage. Denn die Indigenas stellen nicht nur verschiedene Völker auf mexikanischen Territorium dar, sondern sie bilden gleichzeitig die marginalisierteste Klasse der mexikanischen Gesellschaft. Der Kursverfall des Peso wird sie besonders hart treffen, denn trotz Subsistenzproduktion sind sie doch auf Kredite angewiesen. Kredite, die jetzt unter erschwerten Bedingungen zurückzuzahlen sind. Denn an stabile Devisen gelangen in Chiapas nur die Viehzüchter, die in die USA exportieren und Hotelbesitzer, die vom Tourismus profitieren.

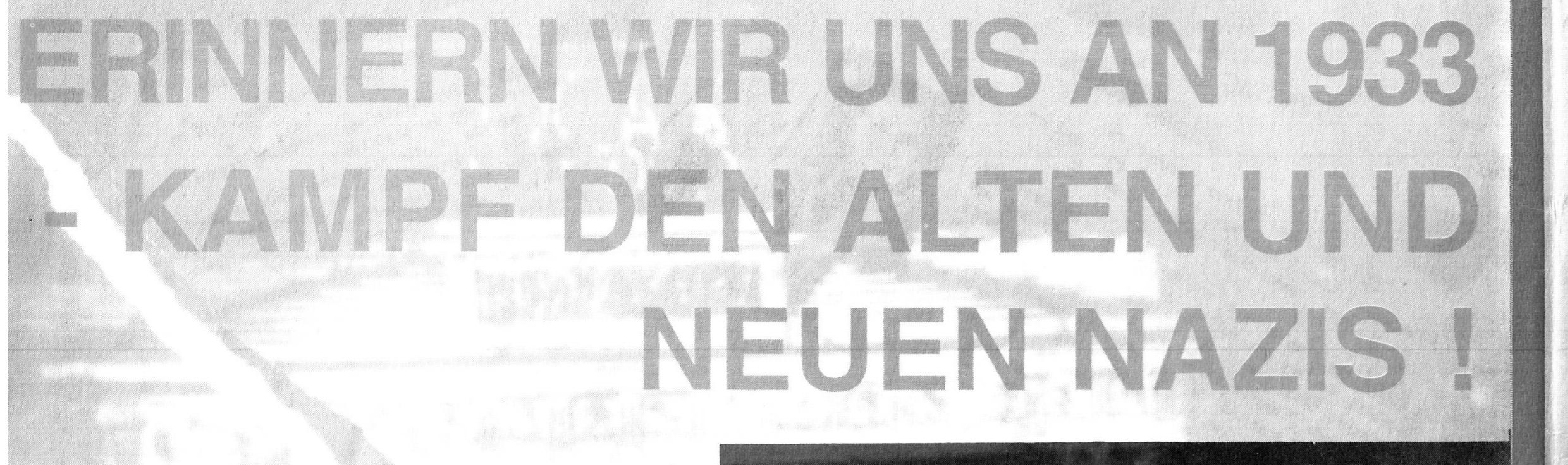
CHIAPAZ ?

"Senor Ernesto Zedillo: Es ist meine Pflicht, Ihnen mitzuteilen, dass sie im suedosten der Nation eine Indigena-Rebellion haben...Verschwenden sie kein Geld, um in den Medien zu spalten und zu entmutigen. Diese Leute hier sind Analfabeten und haben keine Fernseher... Sie betruegen, Senor Ernesto Zedillo, sie haben immer betrogen..".(Subcomandante Marcos, 19.12.94)

Wir, eine Gruppe von internationalen Beobachtern aus verschiedenen europaischen Landern und den USA, sind ZeugInnen der Vorgange, die die politische Situation sowohl in Chiapas als auch in Mexiko insgesamt dramatisch veranderte. Als der militarische Chef der EZLN am Abend des 18.12.94 zur Pressekonferenz ins zapatistische Territorium lud, lag Spannung in der Luft. Doch die Botschaft, die Subcomandante Marcos im Morgengrauen des 19.12. verkuendete, traf sowohl die Presse als auch die Regierung unvorbereitet: unbemerkt von der mexikanischen Armee hatten Truppen der EZLN den militarischen Sperrguertel durchbrochen und in 38 Municipios Stellung bezogen.Somit erhohte sich die Zahl der Municipios,die den Wahlbetruger Robledo Rincon nicht anerkennen auf 52 (38 zapat.und 14 autonome). Ohne Schusswechsel war es der EZLN gelungen ihr kontrolliertes Gebiet zu verfuenffachen.Noch am 19.12.liess Prasident Ernesto Zedillo verlautbaren,dass ueber Mobilisierungen der EZLN nix bekannt sei und die Lage in Chiapas,ausgenommen 4 Municipios,unter Kontrolle sei.Vom 20.-27.12.erhoehte die mex.Armee ihreTruppenstaerke auf 60.000 Soldaten,errichtetein allen groesseren Orten Militaercamps und stiess mit Panzer-und Hubschraubereinheiten in die sog.neutralen Zonen vor.Die EZLN sollte durch diese Manoever zum "1.Schuss"provoziert werden.Um Zusammenstosse zu vermeiden und Verhandlungen zu ermoglichen gab die EZLN einige Positionen auf, entminte einige Gebiete und verkuendete eine einseitige Feuerpause vom 1.-6.1.95.




DIENSTAG 31.1.
Clara Thalmann eine Revolutionärin in einer anderen Zeit
Videocollage. Warum sie an der Front die spanische Republik verteidigen wollte, begründete Clara mit dem einfachen Satz: „Weil ich schießen konnte!" La Rubia, die Blonde, kämpfte am Ebro in der „Colonna Durrutti", in Toledo, Aranjuez. Sie forderte in Madrid „mit der Revolution den Krieg zu gewinnen." Als Anarchistin war sie der Verfolgung durch die russische Geheimpolizei ausgesetzt. Manche haben die temperamentvolle Frau kennengelernt - auf der „Serena" in Nizza, viele Jahre Treff libertärer Menschen aus der ganzen Welt. Am 27.01.1987 starb Clara Thalmann.
Dienstag 31.01. um 19.00 Uhr
Ort: El Locco Kreuzbergstr. 43, U-S Bahn: Yorckstr.
Amor América
Videofilm. Geschichte der Eroberung Argentiniens und der Unterdrückung der Urvölker.
Amor América ist ein filmisches Gedicht über Argentinien und die Überlebenden des Urvolkes. die Mapuche. Zeugnisse alter Mapuchefrauen, die von ihrem Schicksal erzählen, ergeben ein Bild lebendiger Geschichte.
"Der Film ist eine Reise in die Vergangenheit, die sich in der Gegenwart auflöst. Ein Alptraum, wie die Geschichte des grausamen Todes des Häuptlings Inacayal, der lebendig im Museum ausgestellt wurde. Ein Traum, wie das Mapuche Epos über die Ursprünge der Menschen auf der Erde. Ein Dokument über den Befreiungskampf der argentinischen Mapuche gegen ein System, das ihr Leben zerstört. Eine Reise voller Begegnungen und Erinnerungen: Analysen über Schuldige in der Vergangenheit und heute. Eine Reise auf der Suche nach Gerechtigkeit, der Beginn eines Dialogs mit den ursprünglich freien Menschen meines Landes, die heute des Bodens beraubt und rechtlos geworden sind. Amor América ist eine Liebeserklärung an meinen Kontinent und an jene, die seit langer Zeit die Gesetze der Erde kennen und danach leben." (Ciro Capellari)
Dienstag 31.01. um 21.00 Uhr
Ort: El Locco Kreuzbergstr. 43, U-S Bahn: Yorckstr
HUMmel
&
FLÜCHTLINGSHILFE
presents
Infoveranstaltung zur aktuellen Lage in Südafrika
Eine Delegation von Südafrikanerinnen berichtet
Mittwoch 01.02.95 20.00 Uhr im
KRÄHENFUß
Clara-Zetkin-Str.
Humboldt-Uni
Unter den Linden
Krähenfuß
MONTAG 6.2.
kommt zum Vorbereitungstreffen für eine starke, lustvolle und leidentschaftliche CSD-Lesbendemo 1995!
MONTAG, den 6.2.95 um 20.00 Uhr im Referat für Lewsben, Schwule, Bi- und Trans-sexuelle autonom im ASt autonom im AStA-TU (im 3. OG mit Fahrstuhl) Marchstr. 6 (hinterm Mathegebäude)
REFERAT FÜR
LESBEN
SCHWULE
BI+TRANS
SEXUELLE
GEGEN SEXISMUS
RASSISMUS
FASCHISMUS
autonom im
AStA TU
(030) 314-27701
DI 12-17 UHR
Wiedereröffnungsparty



ANTIFA-DEMO

Ernst Thälmann Denkmal

Nähe S-Bhf
Greifswalder Str
(Prenzlauer Berg)

So 29.1.
14 Uhr

Die Demonstration unterstützen: Antifaschistisches Bündnis Prenzlauer Berg, F.e.I.S., BdA - Bund der Antifaschisten Berlin e.V., Schwule Antifa Berlin, PDS Weissensee/Wedding/Prenzlauer Berg, Antifaschistische Initiative Moabit AIM, Antifa Cafe Wedding, Hummel Antifa der Humboldt Universität, AStA-TU, AStA-FU, Antirassistische Initiative, LSD-Antifa, Autonome Erwerbslosen Gruppe (AEG), Edelweißpiraten, Antifa Golem, Schutzwachen-AG, Umweltschutz-Bibliothek, JRE-Pankow/Prenzelberg, AG Junge GenossInnen in/bei der PDS, Schantifa, Antifa Marzahn, BAOBAB Infoladen e.V., Projekte am Kollwitzplatz e.V.